

4. Sitzung

am Dienstag, dem 24. September 2019

Fragestunde

- 1. Entwicklung des Hachez-Geländes**
Anfrage der Abgeordneten Zimmer,
Frau Leonidakis und Fraktion DIE
LINKE
vom 27. August 2019 186
- 2. Zukünftige Nutzung der Container
der ehemaligen Flüchtlingsunter-
kunft „Marie-Mindermann-Straße“**
Anfrage der Abgeordneten Frau
Ahrens, Röwekamp und Fraktion der
CDU
vom 4. September 2019 188
- 3. Wie geht es weiter mit dem Renn-
bahngelände?**
Anfrage der Abgeordneten Michalik,
Frau Neumeyer, Röwekamp und
Fraktion der CDU
vom 10. September 2019 190
- 4. Was wird aus dem Gebäude in der
Humboldtstraße 94?**
Anfrage der Abgeordneten Stroh-
mann, Frau Neumeyer, Röwekamp
und Fraktion der CDU
vom 17. September 2019 195
- 5. Wann kommt der Poller in der Kno-
chenhauerstraße?**
Anfrage der Abgeordneten Stroh-
mann, Frau Neumeyer, Röwekamp
und Fraktion der CDU
vom 17. September 2019 196
- 6. Wie nachhaltig sind Bremens Sanie-
rungsmaßnahmen?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Gro-
bien, Strohmann, Röwekamp und
Fraktion der CDU
vom 17. September 2019198
- 7. Wann wird das Spielschiff am Vege-
sacker Hafen fertiggestellt?**
Anfrage der Abgeordneten Frau
Ahrens, Frau Neumeyer, Röwekamp
und Fraktion der CDU
vom 17. September 2019230
- 8. Oberstufenzuordnung der Ober-
schule an der Hermannsburg**
Anfrage der Abgeordneten Frau
Averwerser, Röwekamp und Fraktion
der CDU
vom 17. September 2019230
- 9. Für heute leider geschlossen – Öff-
nungszeiten des Szenetreffs am
Hauptbahnhof ausweiten?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Grö-
nert, Röwekamp und Fraktion der
CDU
vom 17. September 2019231
- 10. Außenwerbung im Viertel**
Anfrage der Abgeordneten Frau War-
galla, Fecker und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
vom 17. September 2019232

11. Verweigert das Bürgeramt Auskunftssperren zum Schutz vor rechts-extremer Gewalt?

Anfrage der Abgeordneten Frau Wargalla, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2019.....232

12. Welche Einsparungen beim Energiehaushalt konnte Bremen durch Energiecontracting erzielen?

Anfrage der Abgeordneten Gottschalk, Güngör und Fraktion der SPD
vom 18. September 2019.....233

Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!

Antrag der Fraktion der FDP vom 6. September 2019 (Drucksache 20/21 S)

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. September 2019 (Drucksache 20/42 S)

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	201
Abgeordneter Bensch (CDU).....	203
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	205
Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen).....	207
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	208
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	210
Abgeordneter Bensch (CDU).....	211
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	212
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	213
Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen).....	214
Abgeordneter Bensch (CDU).....	215
Senatorin Bernhard	215
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	217
Abstimmung	218

Handy-Parken im öffentlichen Raum – nutzerfreundliches und zeitgemäßes Parken in Bremen

Antrag der Fraktion der FDP vom 17. September 2019 (Drucksache 20/23 S)

Abgeordneter Schäck (FDP)	219
Abgeordnete Schiemann (SPD)	220
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE)	220
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	221
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	221
Abgeordneter Schäck (FDP)	223
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	224
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	225
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	225
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE)	226
Bürgermeisterin Dr. Schaefer	226
Abgeordneter Schäck (FDP)	227
Abstimmung	228

Einspruch gegen das Ergebnis des Volksentscheids

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 31. Juli 2019

(Drucksache 20/8 S)..... 228

Einspruch gegen das Ergebnis des Volksentscheids

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte vom 20. September 2019

(Drucksache 20/25 S)..... 228

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 1

vom 20. September 2019

(Drucksache 20/26 S)..... 228

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der

Stadtbürgerschaft vom 24. September 2019	230
Konsensliste	235

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Güngör, Koc, Magnitz, Meyer-Heder.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die vierte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien. Als Besucher begrüße ich recht herzlich Mitglieder der Bürgerinitiative „Rennbahngelände“.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich hierbei um die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 6 und 7, Tagesordnungspunkt 8, die Tagesordnungspunkte 9 bis 23 und Tagesordnungspunkt 24.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 9 bis 23 mit den Drucksachennummern 20/27 S bis 20/41 S.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Sascha Karolin Aulepp zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Entwicklung des Hachez-Geländes**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Zimmer, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Herr Kollege Zimmer!

Abgeordneter Zimmer (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Informationen hat der Senat dazu, ob das Hachez-Gelände bereits veräußert wurde oder eine Kaufoption erworben wurde?

Zweitens: Welche Schritte hat der Senat bisher unternommen, um einen Ankauf des Geländes durch die Stadt zu erreichen?

Drittens: Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit, eine städtische Vorkaufssatzung für das Gelände zu erlassen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es liegen dem Senat keine Informationen über einen vollzogenen Verkauf oder den Erwerb einer Kaufoption vor. Nach Aussage des Unternehmens seien bislang keine konkreten Verkaufsverhandlungen geführt worden.

Zu Frage zwei: Die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH hat im Auftrag des Wirtschaftsressorts Kontakt mit dem Unternehmen aufgenommen, um unter anderem über einen möglichen Erwerb des Produktionsstandortes durch die Stadt Bremen zu sprechen. In diesem Zusammenhang werden auch Gespräche zur Sicherung der verbleibenden circa 70 Arbeitsplätze in Marketing und Vertrieb geführt. Das Unternehmen hat mit Schreiben vom 20. September 2019 der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau angeboten, in konstruktive Gespräche einzutreten. Es ist beabsichtigt, dieses Gesprächsangebot anzunehmen.

Zu Frage drei: Der Senat legt der Stadtbürgerschaft eine Vorkaufssatzung für das Areal zur Beschlussfassung vor. Der Erlass einer Vorkaufssatzung setzt rechtlich voraus, dass ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden ist und die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung einen entsprechenden Planaufstellungsbeschluss gefasst hat. Ein solcher Beschluss wird parallel vorgelegt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Zimmer (DIE LINKE): Gibt es Überlegungen, bei der Planung über die Zukunft des Geländes auf Initiativen vor Ort, in diesem Fall auf Schokotopia, zuzugehen und sie in Gestaltung mit einzubeziehen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich glaube, wir sind im Moment noch gar nicht so weit. Wir führen ja

überhaupt erst einmal Gespräche mit dem Unternehmen oder wollen diese führen, um zu schauen, wie die Voraussetzungen sind, welche Vorstellungen es auch zum Verkauf des Areals hat. Wir haben ja unsere Ziele formuliert, auch gerade eben noch einmal in der Sondersitzung der Deputation. Wir wollen ein lebendiges, urbanes Areal, wir wollen Wohnbebauung und Mischbebauung, wir können uns ein Stadtteilzentrum vorstellen, das Ortsamt und so weiter, und dann müssen wir im Prozess schauen, wen wir alles beteiligen. Der Beirat wird sicher eine große Rolle spielen, ob es dann andere Initiativen gibt, wird man dann sehen. So weit sind wir noch nicht, aber wir werden dann sicher mit Akteuren vor Ort darüber sprechen, welche Vorstellungen sie haben.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wir haben eben in der Deputation das Ortsgesetz beschlossen, hier ist es ja leider nicht angekommen. Wann haben Sie oder Ihre Behörde den Eigentümer darüber informiert, dass Sie so ein Ortsgesetz beschließen möchten?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es gab in der Vergangenheit verschiedene Versuche, mit dem Eigentümer der Fläche Kontakt aufzunehmen, das war nicht immer so einfach. Jetzt gab es, soweit ich mich erinnern kann, in der letzten Woche durch die WFB dann die ersten erfolgreichen Kontaktversuche. Ich habe am Freitag von dem Eigentümer einen Brief erhalten mit der Bitte, Gespräche zu führen, der Bitte komme ich sehr gern nach. Gleichwohl haben wir beschlossen – Sie waren ja vorhin auch in der Sondersitzung der Deputation –, dass wir möglichst zügig die rechtlichen Voraussetzungen für ein Vorkaufsrecht schaffen wollen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Es ist also korrekt, dass der Eigentümer davon aus der Zeitung erfahren hat?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ja, das –. Ich weiß nicht, woher er es erfahren hat, aber dass wir planen und das seit zwei Wochen in der politischen Diskussion war, ist ja ein Fall, sage ich einmal, der

jetzt nicht irgendwie schon einen Vorlauf von Monaten hatte, sondern relativ kurzfristig, glaube ich, auf die Schreibtische von uns allen gekommen ist.

Wir haben in der Tat politisch beschlossen, die Diskussion fing in der vorletzten Woche an, dass wir kurzfristig ein Vorkaufsrecht schaffen wollen. Dies haben wir auch verkündet und eine Sondersitzung der Deputation einberufen, weil wir in der letzten Sitzung der MoBS-Deputation noch nicht so weit waren, und das haben Sie ja auch mitbekommen, und wir wollten die jetzige Sitzung der Stadtbürgerschaft erreichen. Insofern kann es gut sein, dass das Unternehmen zunächst von dieser politischen Absicht aus der Zeitung und nicht direkt über die WFB erfahren hat, weil die Kontakte eben vorher auch nicht zustande gekommen sind. Es gab mehrere Anläufe seitens der WFB, Kontakt zu dem Unternehmen aufzunehmen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Was passiert denn eigentlich mit den 70 verbleibenden Arbeitsplätzen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Auch dazu gibt es Gespräche zwischen der WFB und dem Unternehmen. Ziel ist es – so habe ich es zumindest vom Wirtschaftsressort verstanden –, die 70 verbleibenden Arbeitsplätze möglichst in Bremen zu halten, das heißt, mit dem Unternehmen zu sprechen, ob es möglich ist, den Marketingvertrieb für das Unternehmen hier in Bremen zu belassen, auch wenn die Produktion Bremen verlässt.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Zukünftige Nutzung der Container der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft Marie-Mindermann-Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurden die seit März 2018 leer stehenden Container der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft Marie-Mindermann-Straße zu einem

Großteil bisher keiner weiteren Verwendung zugeführt, sondern teilweise nur ausgeschlachtet, indem Fenster und Türen ausgebaut wurden?

Zweitens: Bis wann wird die Containeranlage Marie-Mindermann-Straße zurückgebaut, wo werden die noch verwendbaren Container zukünftig eingesetzt, und wann werden die nicht mehr verwendbaren Container einem ordnungsgemäßen Recycling zugeführt?

Drittens: Wie hoch waren die ursprünglichen Anschaffungskosten der dortigen Container, in welcher Höhe werden diese Vermögenswerte einer weiteren Nutzung zugeführt, und wie hoch ist der Anteil der nicht wiederverwertbaren Container?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Strehl.

Senator Strehl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Container an dem Standort Marie-Mindermann-Straße sind zur Umnutzung vorgesehen. Die Prüfungen zur Wiedernutzung und Wiederverwertung sind noch nicht abgeschlossen. Es wird für alle temporären Bauvorhaben die Prüfung auf Wirtschaftlichkeit und Eignung durchgeführt. Nicht mehr benötigte Unterkünfte für Flüchtlinge wurden 2018/2019 für insgesamt zehn Schulbauvorhaben im Rahmen des Sofortprogramms Schule demontiert und umgebaut. Bisher sind 123 von 306 Modulen des Standorts Marie-Mindermann-Straße für Schulzwecke wiedergenutzt worden. Im Rahmen der Umsetzung des zweiten Sofortprogramms sind einige Container am Standort Helene-Kaisen-Campus verwendet worden. Für alle Container wird ebenso geprüft, ob das gesamte Modul oder Einzelteile wie Fenster und Türen verwertet werden können.

Zu Frage zwei: Der komplette Rückbau an der Marie-Mindermann-Straße ist von der Umsetzung der bereits geplanten Projekte sowie angekündigten Projekte abhängig, sodass ein genauer Zeitpunkt nicht genannt werden kann. Für den Standort Nordstraße ist eine Charge Container vorgesehen. Des Weiteren hat das Ressort Kinder und Bildung, Bereich Kinder, Interesse an Containern geäußert, ebenso das Ressort für Soziales, Jugend, Integration und Sport für ein Kinderprojekt. Hierzu liegen jedoch aktuell keine konkreten Aufträge vor. Soll-

ten sich Teile als nicht verwertbar erweisen, werden sie einem ordnungsgemäßen Recycling zugeführt.

Zu Frage drei: Die ursprünglichen Anschaffungskosten betragen für die Gesamtanlage rund 6,3 Millionen Euro einschließlich Umbau, Transport, Aufbau und Erschließung. Für die reine Anschaffung und das Aufstellen der Container ergeben sich Kosten in Höhe von 1 600 Euro je Quadratmeter Bruttogrundrissfläche.

In welcher Höhe die Vermögenswerte einer weiteren Verwertung zugeführt werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu prognostizieren, da der Verwertungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Als grobe Schätzung kann angenommen werden, dass die Wiedernutzung der direkt verwertbaren Module Kosten in Höhe von etwa 800 Euro je Quadratmeter Bruttogrundrissfläche verursacht. Nicht direkt verwertbar sind Sanitär- und Flurcontainer, welche circa 30 Prozent aller Module ausmachen, während bereits 58 Prozent für Schule und KiTa wiederverwendet wurden.

Belastbare Aussagen über die Rückflüsse der nicht direkt verwertbaren Container können zum aktuellen Zeitpunkt nicht gemacht werden. Ebenso sind derzeit keine Aussagen über gegebenenfalls anfallende Kosten für das Recycling von nicht verwertbaren Teilen möglich. Abziehen von etwaigen Erlösen ist der Aufwand für die Verwertung der Container beziehungsweise für gegebenenfalls anfallende Zwischenlagerungskosten sowie Transportkosten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Können Sie mir sagen, aus welchen Gründen Flur- und Sanitärcontainer nicht weiter verwendet worden sind, wenn es sich um Schulbauten handelt, bei denen natürlich auch Gemeinschaftssanitäranlagen gebraucht werden, wie es sie ja dieser Flüchtlingsunterkunft gab, und wenn dort auch Flure gebraucht werden, warum kann man dann Flurcontainer nicht wiederverwenden?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Ich habe mir das selbst auch angesehen, weil es ja auch ein spannendes Thema ist. Sie haben vielleicht gesehen, dass die Zwischenmodule ja kleine Module mit vier Türen sind. Für die Schulen brauchen wir von den Containern, die

vorher für eine Wohnung waren, fünf Container nebeneinander, sodass zum Beispiel da auch die Türen übrig sind und zur Verwertung gebracht werden. Die Zwischenstücke können wir dafür nicht nutzen, weil die Flure natürlich eine ganz andere Form haben. Ich habe auch gesehen, die Treppen liegen da ja auch – das werden Sie hier vielleicht gleich auch noch nachfragen –, das sind Probleme, die daran liegen, dass sie für das Modell gemacht worden sind und nicht einfach so wiederverwendet werden können.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Sie haben ja gesagt, dass die Wiedernutzung von sehr vielen Containern noch geprüft wird. Dort stehen derzeit 40 Container offen herum, die dem Regen ausgesetzt sind, weil sie weder abgedeckt sind noch Türen, Fenster oder Seitenwände haben. Es regnet schlichtweg hinein, und das seit neun Monaten, und laut Immobilien Bremen auch mindestens noch bis Februar nächsten Jahres, das heißt, sie sind Frostperioden ausgesetzt. Weil wir ja noch gar nicht wissen, ob wir diese benutzen oder nicht, meinen Sie nicht, dass man damit vielleicht etwas sorgsamer hätte umgehen können?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Sie beschreiben ja, dass dort Container offen herumstehen, die genutzt werden können. Ich glaube nicht, dass es so ist, das sind die Zwischenstücke der Flure, die wir nicht mehr gebrauchen können. Die Containeranlagen selbst – wenn Sie sich diese anschauen, da sind ja zum Teil noch komplett abgeschlossene Containeranlagen –, werden wieder benutzt und natürlich umgebaut, und in der Zeit können wir sie dort nicht wegnehmen und irgendwo anders lagern, weil das natürlich auch zusätzliche Kosten verursacht.

Ich sage es einmal so: Ich habe gesehen, wenn dort solche Teile in der Gegend herumstehen, sieht das natürlich nicht gut aus, aber es wird dadurch tatsächlich kein Vermögen irgendwie vernachlässigt. Wir werden sie anders verwerten müssen, also eher recyceln, als sie dann irgendwie für Modulanlagen zu nutzen. Ich glaube, das geht nicht.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Herr Strehl, ich glaube, dass wir das Thema dann noch einmal ein

bisschen deutlicher in Einzelheiten im Haushalts- und Finanzausschuss diskutieren sollten. Wenn Sie aber sagen, dass selbst die Senatorin für Soziales noch Bedarfe hat, dann wissen Sie doch gar nicht, ob Sie diese Container, die jetzt Flure sind, egal welche Abmaße sie haben – es ist ja ein Container, er hat bestimmte Abmaße –, zukünftig verwenden oder nicht. Warum haben Sie diese nicht ordnungsgemäß über Immobilien Bremen abdecken lassen? Warum sind sie so, dass sie – wenn überhaupt – nur mit erhöhtem Aufwand wiederverwendet werden können oder, wie Sie eben gerade gesagt haben, gar nicht? Was ist denn das für eine CO₂-Verschwendung?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Da müssen Sie das Umweltressort fragen, das kann ich nicht beurteilen. Ich will es noch einmal sagen: Auf der einen Seite gibt es die Container, die wir wiederverwenden können und auch wollen. Das sind die, die dort noch stehen, die auch nicht im Regen stehen, sondern dort auch ordentlich genutzt werden können. Dann gibt es die Zwischenstücke, die wir garantiert nicht für Schulen oder Kitas oder andere Dinge nutzen können, und die – das gebe ich zu, das sieht nicht gut aus! – können wir auch nicht weiterverwenden. Das sind aber zwei verschiedene Paar Schuhe, und da können wir dann auch gern wegen der Teile im Haushalts- und Finanzausschuss über Kosten und Vermögensabflüsse reden.

Ich glaube, eigentlich haben wir da an der Stelle ein gutes Projekt. Das dauert zwar lange, das ist klar, aber wir schaffen es immerhin, die Container, die wir für Flüchtlinge angeschafft haben, noch einmal für Schulen zu benutzen, und ich finde, das ist eigentlich auch eine ganz gute Botschaft.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, sind damit Ihre Fragen beantwortet?

Abgeordnete Ahrens (CDU): Ich habe leider doch noch eine Frage, zu der mich Herr Strehl eben gerade ermuntert hat. Ja, ich gebe Ihnen recht, und beim Großteil der Container haben wir auch überhaupt keine Bedenken, aber die 40 Container, die dort offen herumstehen – die offenen Seitenteile, die aufgequollen im Regen und im Schmutz liegen –, machen wir doch ein bisschen Sorge. Wenn Sie den Klimanotstand hier in Bremen ausrufen und alles unter den Klimavorbehalt stellen wollen, dann frage ich mich: Wie kann man so viel CO₂ verschwenden, um etwas, was ordnungsgemäß und völlig intakt war und noch nie benutzt worden ist,

dort so verkommen zu lassen, um es dann hinterher, wenn man es wiederverwendet, neu zu kaufen und noch einmal CO₂ zu verschwenden? Das erklären Sie mir bitte noch einmal!

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Ich glaube, das war jetzt keine Frage, oder?

Präsident Imhoff: Wenn Sie das erklären können, dann versuchen Sie es, und sonst können Sie es eben nicht!

(Heiterkeit)

Frau Ahrens, Sie haben keine weiteren Nachfragen?

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Nein, danke!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Krümpfer. – Bitte sehr!

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Herr Senator, können Sie einschätzen, ob es möglich ist, dass die Teile, die zurzeit und auch weiterhin nicht genutzt werden können, zwischenzeitlich abgeräumt oder dort abgeholt werden können, damit das Ensemble insgesamt vielleicht ein bisschen ordentlicher aussieht?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Ich habe diese Anfrage zum Anlass genommen, darüber auch noch einmal mit Immobilien Bremen zu reden, denn ich habe den Zustand auch gesehen. Zunächst einmal war ich überrascht, wie groß das Gelände ist, das muss man ja auch noch einmal sagen. Ich habe noch einmal mit Immobilien Bremen darüber gesprochen, ob man nicht diese Dinge, die man ohnehin nicht verwenden kann, jetzt schon verwertet, und ich hoffe, dass uns das auch gelingt, auch schneller, als jetzt ursprünglich im Februar angedacht. Darum werde ich mich kümmern.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema **„Wie geht es weiter mit dem Rennbahngelände?“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Michalik, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Michalik!

Abgeordneter Michalik (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann, unter wessen Beteiligung und unter welchem Vorsitz wird der vom Senat angekündigte runde Tisch für die zukünftige Entwicklung des Rennbahngeländes eingesetzt?

Zweitens: Welches konkrete Nutzungskonzept, unter Berücksichtigung des Volksentscheides, hat der Senat für das Rennbahngelände?

Drittens: Inwiefern wurden mit den derzeitigen Nutzern des Geländes Gespräche geführt?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es wird angestrebt, das Format „runder Tisch“ für die künftige Entwicklung des Rennbahngeländes bis zum Jahresende auf den Weg zu bringen. Der Vorsitz liegt bei der Senatorin für Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. In einem offenen Gesprächsformat und mit Unterstützung einer externen Moderation sollen mögliche Nutzungsperspektiven für das Rennbahngelände entwickelt und formuliert werden. Hierzu sollen die Beiräte Hemelingen und Vahr, Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative sowie weitere Akteure aus der Stadtgesellschaft eingeladen werden.

Zu Frage zwei: Das Ortsgesetz über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche gibt die Orientierung für eine weitere Entwicklung. Gemäß Ortsgesetz sind die Planungsziele durch einen Bebauungsplan abzusichern.

Ein runder Tisch als Bestandteil des anstehenden erneuten Beteiligungsprozesses gibt einen wichtigen Impuls, um die durch den Volksentscheid geänderten Ziele zu konkretisieren und Nutzungsperspektiven zu entwickeln. Der Senat hat nicht die Absicht, diesem Prozess durch die Festlegung eines Nutzungskonzepts vorzugreifen. Der Senat strebt jedoch an, schon vor der endgültigen Klärung eines neuen Nutzungskonzepts Teilflächen des Areals für die Bevölkerung zu öffnen, um zum

Beispiel eine Durchwegung von der Vahr in Richtung Kleingärten und Schlosspark in Hemelingen zu ermöglichen.

Zwischennutzungen sind in der Stadtentwicklung ein grundsätzlich geeignetes Instrument, um einen Zeitraum bis zu einer endgültigen Festlegung einer Nutzung zu überbrücken. Zwischennutzungen könnten daher auch im Falle der weiteren Entwicklung des Rennbahngeländes eingesetzt werden.

Zu Frage drei: Die Wirtschaftsförderung Bremen, WFB, führt derzeit Gespräche mit der GolfRange über eine kurzzeitige temporäre Weiternutzung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michalik (CDU): Ich habe in der Zeitung etwas anderes gelesen, nämlich dass die GolfRange das Gelände zum Ende des Jahres verlassen wird, und mir stellt sich die Frage, nachdem die GolfRange das Gelände verlassen hat oder wird, wer wird dann das Gelände pflegen, um zu verhindern, dass es verwildert, und wer wird dann auch die Kosten dafür tragen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wie ich heute im Senat vernommen habe, waren die Gespräche noch nicht abschließend zu Ende geführt, anders als es in der Zeitung heute verkündet wurde – ich habe auch den Bericht in der Zeitung gelesen –, aber es scheint so zu sein, dass es unterschiedliche Vorstellungen zwischen der GolfRange und der WFB gibt, auch was die Kosten der Weiternutzung der GolfRange angeht. Wenn die GolfRange das Gebiet nicht weiternutzt, die Fläche gehört der WFB, das heißt, für die Pflege und die Verkehrssicherheit ist dann auch in erster Linie die WFB zuständig.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michalik (CDU): Also bedeutet das, dass die Gespräche mit der GolfRange noch nicht abgeschlossen sind?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: So habe ich zumindest die Wirtschaftssenatorin heute Morgen verstanden. Es gab allgemein Irritationen darüber,

dass es heute so in der Zeitung stand, aber es stimmt wohl, dass es im Moment keinen Konsens über die Weiternutzung gibt, weil es nicht nur eine Frage der zeitlichen Verlängerung ist, sondern auch, ob die GolfRange etwas für die Nutzung, für die Weiternutzung bezahlt oder nicht. Das sieht im Moment nicht so aus, also insofern kann es sein, dass das Ergebnis letztendlich das ist, was in der Zeitung steht. Ich habe aber verstanden, dass dies bisher noch nicht endgültig so geklärt ist.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michalik (CDU): Meine jetzige Frage bezieht sich auf Frage eins: Was ist der wesentliche Unterschied zwischen dem von Ihnen einberufenen runden Tisch und dem von den Beiräten Vahr und Hemelingen im Juli eingesetzten Regionalausschuss zur Nachnutzung des Geländes?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Beiräte haben immer das Recht, Regionalausschüsse einzurichten, um sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen, das ist etwas, was die Beiräte jetzt machen. Der runde Tisch wird vom Senat einberufen. Wir müssen uns ja Gedanken machen – wie gesagt, die Fläche gehört der WFB –, wie es jetzt mit der Fläche nach dem Ergebnis des Volksentscheids weitergehen soll. Ich finde, dieses Ergebnis muss man respektieren, dort hat eine Mehrheit für den Erhalt der Grünfläche und gegen eine Bebauung gestimmt. Jetzt ist es unser Ziel herauszuarbeiten, und zwar mit Akteuren vor Ort und gern auch unter Einbeziehung des Regionalausschusses, was man sich vorstellen kann, was dort realisierbar und im Übrigen auch bezahlbar ist.

Ich habe immer verstanden, dass es vor Ort ein großes Interesse gibt, die beiden Stadtteile Vahr und Hemelingen besser zu verbinden. Jetzt sind sie ja durch die Rennbahn getrennt, darum herum gibt es einen großen Zaun. Es war immer ein Wunsch vor Ort, die beiden Stadtteile zum Beispiel durch Wegebeziehungen zu verbinden. Wir haben gesagt, wir wollen eine ökologische Aufwertung des Gebietes, und auch da wird man dann schauen müssen, wie sie im Detail aussehen kann, wo man sie realisieren kann – der alte Baumbestand soll ja erhalten bleiben –, ob man die Gewässer renaturieren, aufwerten kann. Das sind aber alles Dinge, die wir dann mit einer externen und professionellen Moderation gemeinsam mit den Menschen vor Ort

entwickeln wollen, das ist der Unterschied zum Regionalausschuss.

Wir müssen es am Ende ja in einen Bebauungsplan, also B-Plan, nicht Bebauung, jetzt missverstehen Sie mich bitte nicht schon wieder –. Wie auch immer wir aber am Ende zu einem Ergebnis kommen, was dort in Zukunft geschehen soll, das muss dann ja auch in B-Pläne gegossen werden, und das ist Aufgabe des Senats und nicht des Regionalausschusses.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich habe noch einmal eine ganz grundsätzliche Frage. Gemäß dem Ortsgesetz soll die Fläche ja ausschließlich Erholung, Sport, Freizeit und Kultur zur Verfügung gestellt werden. Meine Frage lautet: Fühlt sich der Senat dem verpflichtet?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe ja vorhin gesagt, das ist das Ergebnis des Volksentscheids, und dieses Ergebnis muss man respektieren.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich habe Sie so verstanden, es gibt noch keine Ideen für die Weiternutzung der Fläche, aber die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wollen ja wissen, wie es weitergeht. Meine Frage geht jetzt dahin: Gibt es irgendwie einen konkreten Fahrplan, wie es jetzt weitergeht, wann der runde Tisch einberufen wird und so weiter?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das hatte ich ja in der Antwort zu Frage eins genannt. Wir wollen jetzt nicht den Bürgerinnen und Bürgern ein fertiges Konzept für die Rennbahn vorlegen und sagen, wir, der Senat, haben uns jetzt etwas Schönes ausgedacht, und so soll es sein, sondern genau das Gegenteil ist ja der Fall: Wir wollen das gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickeln. Es gibt unterschiedliche Interessen, und natürlich muss es am Ende auch finanzierbar sein. Die Frage ist, wird man jeden Wunsch, jede Idee am Ende realisieren können. Das hat sehr viel mit Kosten zu tun. Als Antwort zu Frage eins hatte ich vorgelesen, dass wir planen, bis zum Jahresende den runden Tisch auf den Weg zu bringen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Wenn es darum geht, etwas zu planen, kostet das natürlich auch Geld. Meine Frage lautet: Werden Sie in den Haushaltsberatungen Geld für Planungen zur Verfügung stellen und inwiefern, damit es auf dem Gelände dort auch weitergeht?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben uns ja auch im Koalitionsvertrag dazu bekannt, dass wir die Öffnung des Geländes wollen, das heißt, man wird allein dafür Geld einstellen müssen, um eine Wegeverbindung herzustellen. Das heißt auch, damit geht eine Verkehrssicherungspflicht einher, und natürlich machen runde Tische auch nur Sinn, wenn man am Ende auch das umsetzt, was dort entwickelt wird. Insofern werden wir uns sicher dafür einsetzen, dass dann auch entsprechend Gelder zur Verfügung stehen.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ich war jetzt ein bisschen verwirrt über Ihre Aussagen. Sie haben gesagt, es findet ab Januar vielleicht doch Golf-sport statt oder nicht, oder Sie wissen das nicht. Findet dort im nächsten Jahr noch etwas statt, oder nicht?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe nicht gesagt, da findet etwas statt, ich habe gesagt, dass die WFB – nach meinem Kenntnisstand von heute Morgen – die Gespräche noch nicht endgültig abgeschlossen hat. Das ist mein Stand, den wir aus dem Wirtschaftsressort mitgeteilt bekommen haben, weil es Irritationen über den Zeitungsartikel gab. Ich habe gleichwohl aber auch gesagt, darüber, was in dem Zeitungsartikel stand und was der Kern der Gespräche ist, nämlich wie lange und zu welchen Bedingungen man der GolfRange eine Verlängerung gewähren könnte, würde man das Gelände der GolfRange kostenlos überlassen – ich habe es so verstanden, dass das der Wunsch der GolfRange ist – oder gegen ein Entgelt, gehen ganz offensichtlich die Vorstellungen auseinander. Insofern habe ich gesagt, es kann auch ein Ergebnis sein – Konjunktiv! –, was heute in der Zeitung steht, dass man nicht zu einer Einigung kommt.

Mein letzter Stand von heute Morgen, 11:00 Uhr, ist, dass man die Gespräche noch nicht endgültig abgeschlossen hatte.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wie erklären Sie sich dann, dass die Stadtgemeinde der GolfRange GmbH & Co. KG gestern mitgeteilt hat, dass es keine Verlängerung des Pachtvertrags für die Golf-sportanlage geben wird? Reden Sie im Senat nicht miteinander, oder wie kommt das? Oder lese ich die Pressemitteilung jetzt hier falsch? Das ist eine offizielle Pressemitteilung von gestern Nachmittag.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe ja eben noch einmal versucht, Ihnen klarzumachen – ich versuche es noch einmal! –, wir haben heute Morgen im Senat kurz darüber gesprochen, und meine letzte Information war aus dem Wirtschaftsressort, dass das nicht abschließend geklärt war. Offensichtlich gibt es dann aber doch eine Klärung, die dann als Pressemitteilung verkündet worden ist. Ich finde aber, die Frage, die Sie sich alle auch stellen müssen, ist: Würden Sie es befürworten, einer GolfRange eine so große Fläche für zwei bis drei Jahre ohne Entgelt zur Verfügung zu stellen? Ich glaube, da gibt es auch Interessen wirtschaftlicher Art, dies nicht zu tun, nicht unter diesen Bedingungen, weil die Fläche der WFB gehört.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Dann erklären Sie mir bitte einmal, wenn die Fläche der WFB gehört und Sie nicht miteinander kommunizieren – das sieht man ja auch bei Hachez, ich habe da nämlich andere Informationen –, warum Sie oder Ihre Behörde dann ausgerechnet den runden Tisch leiten, wenn Sie sowieso nicht zu entscheiden haben!

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Strohmann, wir sind das Ressort für Stadtentwicklung und Wohnungsbau, und Stadtentwicklung bedeutet für mich, dass wir uns Gedanken machen – und laut Gesetz sind wir am Ende auch diejenigen, die dann ein Ortsgesetz erstellen –, wie das Ergebnis eines Volksentscheids umgesetzt werden soll. Entsprechend finde ich es eigentlich logisch, dass das Ressort für Stadtentwicklung federführend – natürlich

auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsressorts und der WFB – ein Moderationsverfahren durchführt, um zu schauen, wie wir zukünftig mit dieser Fläche umgehen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Es geht hier ja wirklich darum, wie wir mit den Menschen vor Ort umgehen, und ich kann es den Leuten jetzt nicht erklären, man geht in Diskussionsrunden, wo man eigentlich immer im Hinterkopf hat, die, mit denen ich dort rede, haben nicht das Letztentscheidungsrecht, das haben andere. Das ist ein bisschen problematisch.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich finde, ein Senat ist eine Gesamtveranstaltung, bei der jeder seine fachliche Kompetenz hat. Es gibt ein Ressort für Wirtschaft, dem eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft angegliedert ist, und es gibt ein Ressort für Stadtentwicklung, das sich dann primär um die Stadtentwicklung kümmert und darum, wie man mit Flächen umgeht, und im Übrigen gibt es auch ein Umweltressort. Wenn das Ergebnis des Volksentscheids ist, es soll eine Grünfläche bleiben, dann hat ein Umweltressort ganz sicher ein großes Interesse daran, mit zu planen, wie diese Grünfläche am Ende auch mitgestaltet werden soll. Insofern sehe ich da überhaupt keinen Widerspruch oder Dissens, den Sie gerade versuchen, hier aufzuzeigen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Dann erklären Sie mir einmal bitte, ich bin gestern Abend nach Hause gekommen und habe zu meiner Frau gesagt, ich kann weiter Golf spielen, weil Sie mir das ja sagen. Daraufhin sagte sie, nein, in der Zeitung stand etwas ganz anderes, und in der Pressemitteilung auch. Es geht hier wirklich darum, wie wir hier mit Menschen umgehen, und wenn Sie aus dem Senat als Gesamtorgan mit zwei Meinungen herauskommen, dann müssen Sie mir das bitte erst einmal erklären!

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich versuche noch einmal, es Ihnen zu erklären, ich wusste aber nicht,

dass Sie Golf spielen und ein privates Interesse daran haben, Herr Strohmann,

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein, ich spiele kein Golf!)

um die GolfRange weiter zu betreiben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe nicht versucht, Ihnen zu erklären, dass der Senat hier unterschiedliche Interessen hat, sondern dass mein Kenntnisstand heute Morgen war, dass dort noch nicht abschließend eine endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Offensichtlich ist sie dann getroffen worden, weil es einen Beschluss gibt, aber ich habe bisher im politischen Umfeld auch nicht gehört, dass es eine Bereitschaft gibt – auch hier in diesem Haus habe ich das bisher nicht gehört, auch nicht von Ihnen, Herr Strohmann –, der GolfRange das Weiterführen/die Verlängerung des Vertrags zu gewährleisten, ohne dafür auch ein Entgelt zu bekommen, und darum geht es in dieser Debatte.

Ich habe in den letzten zwei Wochen, das will ich dann auch einmal sagen, im Senat – und ich führe die Gespräche als Senatorin für Umwelt und Stadtentwicklung nicht selbst, sondern offensichtlich die WFB – die unterschiedlichsten Anträge gehört, also nicht schriftlicher Art, aber mündlich vorgetragen. Es fing damit an, ob wir der GolfRange für ein weiteres Jahr die Genehmigung erteilen können. Dann hieß es, nein, die GolfRange will gar nicht für ein Jahr, denn ihr laufen die Mitglieder weg, das lohnt sich nicht für ein Jahr, man bräuchte mindestens zwei Jahre. Dann haben wir diskutiert, ob wir das für zwei Jahre machen würden. Der neueste Stand aus der letzten Woche war, nein, die GolfRange möchte nicht für zwei Jahre und optional vielleicht noch ein drittes Jahr, sondern für drei Jahre, und mein Stand vom Freitag war, sie möchte für drei Jahre, und zwar für umsonst. Insofern gibt es zumindest für uns vom Senat die unterschiedlichsten Darstellungen, was die GolfRange wirklich angeboten hat oder will, und wenn es so ist, dass die GolfRange am Ende drei Jahre für umsonst haben wollte, dann ist das sicherlich etwas, was der Senat so nicht befürworten würde oder wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Herr Kollege Strohmann, ist damit die Frage beantwortet?

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja, sie ist so weit beantwortet. Also, Sie haben es einfach nur nicht mitbekommen! Vielen Dank!)

Es gibt zu dem Thema eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Eckhoff. – Bitte sehr!

Abgeordneter Eckhoff (CDU): Ich will noch einmal zu einem anderen Bereich nachfragen! Frau Bürgermeisterin, Sie haben zu Frage eins geantwortet, dass Sie noch in diesem Jahr unter einem neutralen Moderator mit dem Moderationsprozess starten wollen. Meine Frage ist: Haben Sie schon einen Moderator für den Prozess, und wenn ja, wen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Eckhoff, wir sind gerade dabei, uns ein Konzept darüber vorzulegen, und zwar zum einen, was der mögliche Fahrplan ist. Wir haben ein zeitliches Ziel benannt – Ende des Jahres –, weil, und das ist meine persönliche Überzeugung, wir es uns nicht leisten können, diese Fläche jetzt einfach brachliegen zu lassen, sondern wir wollen mit der Fläche ja etwas gestalten. Das wollen ja auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen mit dem runden Tisch nicht noch ein Jahr warten, sondern alsbald anfangen, und da ist ein realistischer Zeitraum bis Ende des Jahres.

Wir sind im Moment dabei zu schauen – und deswegen kann ich Ihnen keinen Namen nennen –, wer dort als externe Moderatorin/externer Moderator geeignet wäre. Wir finden es richtig, das nicht selbst als Ressort zu moderieren. Wir werden es begleiten und dann auch die Federführung für diesen runden Tisch im Senat haben, aber wir halten es generell erst einmal für richtig, einen externen Moderator hinzuzuziehen. Da sind wir jetzt gerade im Ressort dabei, ein Konzept zu entwickeln.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Eckhoff (CDU): Wenn ich also die Antwort auf meine kurze Frage zusammenfasse, haben Sie noch keinen Moderator. Dann will ich noch einmal fragen: Haben Sie denn außer den Überlegungen bei Ihnen im Ressort schon Kontakt zu Moderatoren aufgenommen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Eckhoff, ich bin jetzt seit vier Wochen im Amt, und ich habe

Ihnen gerade gesagt, wir sind dabei, ein Konzept zu entwickeln und haben entschieden, einen externen Moderator vorzusehen. Wir sind noch nicht so weit, Ihnen heute einen Namen zu nennen, wir sind gerade dabei zu schauen, wer geeignet ist und wen wir alles einbinden möchten. In der letzten Woche ist an uns herangetragen worden, dass Mitglieder des Regionalausschusses gern daran teilnehmen wollen, und wir haben aus der Zeitung erfahren, dass der Pferderennsport wieder daran beteiligt werden möchte. Wir sind gerade dabei, alles unter einen Hut zu bekommen und dann auch eine Moderation auszuwählen, aber zu diesem Zeitpunkt kann ich Ihnen keine Person nennen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Eckhoff [CDU]: Herr Präsident, wir halten einfach fest, wir haben keinen Moderator, es ist auch noch zu keinem Kontakt aufgenommen, aber wir wollen schnell beginnen! Wir lassen uns überraschen, Frau Bürgermeisterin!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Was wird aus dem Gebäude in der Humboldtstraße 94?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwiefern wird die stadteigene Immobilie in der Humboldtstraße 94 derzeit genutzt?

Zweitens: Welches zukünftige Nutzungskonzept hat der Senat für diese Immobilie?

Drittens: Inwiefern kommt ein Verkauf der Immobilie in Betracht?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Strehl.

Senator Strehl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Immobilie in der Humboldtstraße 94 befindet sich im Leerstand. Es handelt sich bei dem Gebäude um ein Wohnhaus, welches

früher als Hausmeisterhaus für das Gesundheitsamt in der Horner Straße genutzt wurde. Nach Auszug des Hausmeisters und einer Zwischennutzung durch das Gesundheitsamt steht die Immobilie seit 2016 leer. Sie weist einen hohen Sanierungstau auf.

Zu Frage zwei: Das Kulturressort hat gegenüber dem Eigentümervertreter Immobilien Bremen Interesse an dem Gebäude signalisiert und prüft derzeit die Umnutzung des Gebäudes für die kulturelle und kreativwirtschaftliche Szene in Bremen. Dafür sind umfangreiche Umbauten und eine Nutzungsänderung nötig. Die Finanzierung der Maßnahme ist allerdings derzeit nicht gesichert. Zuvor wurde die Immobilie insbesondere für soziale, Gesundheits- sowie Kinder- und Bildungszwecke mehrmals geprüft. Die Ressorts haben allerdings alle geprüften Nutzungen aufgrund der hohen Herichtungskosten der Immobilie verworfen.

Zu Frage drei: Sollte in absehbarer Zeit ein Umbau für oben genannte Zwecke wirtschaftlich nicht darstellbar sein, kommt ein Verkauf beziehungsweise die Vergabe der Immobilie im Erbbaurecht in Betracht. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Hatten sie zum Schluss Erbpacht gesagt? Das habe ich jetzt akustisch nicht – –.

(Senator Strehl: Beziehungsweise Erbpacht!)

Beziehungsweise, in Ordnung! Können Sie diesen Zeitraum ein bisschen konkreter benennen? Es gibt Tage, Monate, Jahre. Sie hatten ja gesagt, jetzt irgendwann einmal!

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Ich sage es einmal so: Wir haben das ja auch im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen und diskutiert, das Haus ist in einem Zustand, dass es saniert werden muss. Wir wollen das nicht machen, wir können das im Moment auch nicht bezahlen, darum wollen wir es verkaufen.

Jetzt gab es noch diese Anfrage vom Kulturressort, da prüfen wir zurzeit gerade noch, ob es eine realistische Chance gibt, das zu machen, und dann werden wir sehr schnell zu der Frage kommen, ob Verkauf oder Erbpacht.

Sie können selbst einschätzen, welches die beste Chance bei so einem Bremer Haus ist. Ich glaube, es wird wahrscheinlich ein Verkauf werden, aber wir prüfen beides.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Senator, ist es normal, dass das drei Jahre dauert?

Präsident Imhoff: Bitte, Herr Senator!

Senator Strehl: Nein!

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt die Überschrift „**Wann kommt der Poller in der Knochenhauerstraße?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Strohmann!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die derzeitige verkehrliche Situation im Bereich der Fußgängerzone in der Knochenhauerstraße?

Zweitens: Wie viele Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot sind dem Senat seit Einführung der Fußgängerzonenregelung in der Knochenhauerstraße bekannt?

Drittens: Wann rechnet der Senat mit der Inbetriebnahme des Pollers?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die verkehrliche Situation ist vor und nach Einrichtung der Fußgängerzone evaluiert worden. Über das Ergebnis wurde die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 20. September 2018 informiert. Das Fazit war: Zur weiteren Stärkung der insgesamt positiven Ergebnisse

sollten weitere Maßnahmen, mit denen die Nutzung der Fahrbahn durch Fußgängerinnen und Fußgänger unterstützt wird, zeitnah umgesetzt werden.

Dabei handelt es sich um folgende drei Maßnahmen: den Einbau eines versenkbaren Pollers im Einmündungsbereich Carl-Ronning-Straße, um den motorisierten Individualverkehr aus dem Bereich sicher herauszuhalten, die Radverkehrsführung in Fahrtrichtung Osten ab Kleine Hundestraße in der Straßenraummitte, um das Flanieren vor den Auslagen der Geschäfte zu fördern und um Konflikte zwischen Radverkehr und Fußverkehr weiter zu reduzieren sowie den Rückbau der Betonpoller auf beiden Seiten der Fahrbahn außerhalb der Einmündungsbereiche Carl-Ronning-Straße, um freies Bewegen der zu Fuß Gehenden zu fördern. Diese Maßnahmen werden nunmehr realisiert. Zudem wurde im Rahmen der Ausführungsplanung festgestellt, dass zur Verhinderung des Vorbeifahrens zwei Poller erforderlich sind.

Zu Frage zwei: Seit Einrichtung der Fußgängerzone am 15. Mai 2017 bis einschließlich 18. September 2019 wurden in der Knochenhauerstraße insgesamt 139 Ordnungswidrigkeiten verzeichnet. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um eine Missachtung des Durchfahrtsverbots, das heißt, die Benutzung des Fußgängerbereichs mit einem Kraftfahrzeug.

Zu Frage drei: Die Standortplanungen für die erforderlichen zwei Poller sind abgeschlossen. Die technische Planung für die Realisierung ist in Bearbeitung. Sobald diese abgeschlossen ist, wird das Ausschreibungsverfahren für die Lieferung und den Einbau der Poller begonnen. Unter optimalen Bedingungen kann die Maßnahme noch im Jahr 2019 vor dem Weihnachtsgeschäft zum Abschluss gebracht werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Sie haben ja gesagt, zeitnah, bis Ende des Jahres! Meine Frage lautet: Ist das in Rücksprache mit den Einzelhändlern passiert? Nicht dass wir dort im Vorweihnachtsgeschäft eine Baustelle und Verkehrsbehinderungen haben und das zu einem solchen Ärger führt wie bei den Schweinen an der Kreuzung mit den Fahrradwegen!

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich würde das auf jeden Fall noch einmal als Hinweis mitnehmen, dringend mit den Geschäftsinhabern zu sprechen.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Steiner (FDP): Ich wollte wissen, ob geplant ist, dort auch noch städtebauliche Veränderungen vorzunehmen, denn im Moment stehen dort ja diese großen Blumentöpfe, die eigentlich ganz klar eine Trennung zwischen Fußgänger- und Autoverkehr herleiten. Deswegen meine Frage, ob geplant ist, dort eine Öffnung zu erzielen.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sie beschreiben zu Recht eine Situation, die für Fußgänger genau das suggeriert: Er geht nicht auf die Straße, sondern bleibt auf den Gehwegen, weil die die Blumentöpfe, die wir zwar alle ganz schön finden, erst einmal so eine trennende Wirkung haben. Ziel ist es ja, dass die Fußgänger den gesamten Straßenraum einnehmen, und in dem Zuge wird sicherlich auch darüber nachgedacht werden, ob man die Blumenarrangements anders hinstellen kann.

Wir müssen aber trotzdem sehen, es gibt Lieferverkehre. Man wird die Blumenkübel also nicht irgendwo mittendrin hinstellen können, wo man sie ständig wieder wegstellen muss, aber diese trennende Wirkung, die für Fußgänger bedeutet, geht lieber einmal hier auf dem Bürgersteig, anstatt mitten auf der Straße, ist ein Problem, das angegangen werden muss.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Steiner (FDP): Ist dann auch geplant, dass es im Rahmen solcher Veränderungen die Möglichkeit gibt, dass sich die Gastronomie auch ein bisschen nach draußen ausdehnen kann?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das ist sicher wünschenswert. Wir sehen ja jetzt hier auch in anderen Teilen der Fußgängerzone, dass das eigentlich gut angenommen wird, aber bisher nicht möglich war, weil der Raum auf dem Bürgersteig, sage ich einmal, sehr begrenzt war. Die Lieferverkehre sind ja bis 11 Uhr morgens beschränkt, dann dürfen sie dort bis 22 Uhr nicht mehr durchfahren, bis auf einen Lieferverkehr, soweit ich das den Unterlagen

entnommen habe, der dort nur einmal um 13 Uhr hindurchfahren kann.

Ich fände es sehr begrüßenswert, wenn wir die Gastronomie auch weiter ausdehnen und Sitzbereiche ermöglichen können. Wir müssen aber trotzdem schauen, dass das dann mit dem Lieferverkehr nach wie vor möglich ist.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte noch einmal daran anschließen. Es gibt dieses eine Fahrzeug, das um 13 Uhr kommt, und ich finde es natürlich ärgerlich, dass ein Fahrzeug dort quasi die Stadtentwicklung und überhaupt auch die ganze Entwicklung dieses Bereichs behindert. Wären Sie vielleicht bereit, dort noch einmal nachzufragen – es gibt ja inzwischen auch moderne Logistikkonzepte, die sehr flexibel sind –, damit man es vielleicht schafft, mit diesem einen Lieferanten dort eine andere Lösung zu finden?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das können wir sehr gern machen. Bisher habe ich verstanden, dass es für das Unternehmen nicht möglich ist und es in seiner Logistikkette die einzige Möglichkeit ist, dort um 13 Uhr anzuliefern. In der Tat ist das aber ein misslicher Zustand und unterbindet genau das, was Frau Steiner eben gerade vorgeschlagen hat: Wie kann man sich den Straßenraum als Fußgänger, als Gastronomie oder als Fahrradfahrer eigentlich noch ein bisschen mehr erobern? Insofern werden wir gern noch einmal versuchen, mit dem Unternehmen in Kontakt zu kommen, um dafür zu werben, doch möglichst auch wie die anderen Lieferverkehre die Abend- und Nachtstunden oder die frühen Morgenstunden zu nutzen.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Schäck (FDP): Mich würde einmal interessieren, ich habe eben noch einmal gegoo-gelt, wann die ersten Diskussionen zu diesem Poller begonnen haben, das ist jetzt zweieinhalb bis drei Jahre her, und er ist immer noch nicht eingebaut: Wir reden letztlich über einen Poller, das ist jetzt eigentlich kein großes bauliches Thema. Können Sie etwas dazu sagen, woran es die ganze Zeit gelegen hat?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wer sich an die Diskussion über den anderen Poller erinnert, der weiß, dass es offensichtlich nicht so einfach ist, wie man es sich vorstellt, weil es nämlich ein versenkbarer Poller mit entsprechender Technik dahinter ist. Man selbst ist dann immer erstaunt, und das bin ich auch, wie lange es dauert, aber man muss auch einmal sagen, die Diskussion begann ja damit, dass wir gesagt haben, wir wollen dort auch eine Fußgängerzone haben, und man hat erst einmal auf die anderen Poller gesetzt.

Jetzt muss man aber sehen, dass es sehr viele Regelverstöße von Autofahrern gab, die sich nämlich nicht daran gehalten haben, dass dort eine Fußgängerzone ist, sondern dort einfach weiterhin durchgefahren sind. Das hat dazu geführt, dass man dann im weiteren Verlauf gesagt hat, das geht so nicht, wir müssen hier jetzt richtig abpollern. Deswegen: Ja, es dauert leider lange. Man braucht Ausschreibungen, es ist auch relativ teuer – der Poller kostet 60 000 Euro –, er muss eingebaut werden und dann am Ende auch funktionieren. Ich finde auch, es könnte in der Tat schneller gehen, aber deswegen wollen wir es jetzt auch realisieren.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Wie nachhaltig sind Bremens Sanierungsmaßnahmen?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grobien, Strohmänn, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Grobien (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurden die intakten roten Pflastersteine entlang der Parkallee durch graue Pflastersteine ersetzt?

Zweitens: Welche Kosten sind durch diese Maßnahme entstanden?

Drittens: Inwieweit werden die ausgetauschten Pflastersteine für andere Sanierungsmaßnahmen weiter- und wiederverwendet?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: In Bremen sind Radwege überwiegend mit roter Oberflächenfarbe gestaltet. Die alten roten Pflastersteine entlang der Parkallee wurden im Bereich der Einmündungen und Überfahrten auf einer Länge von jeweils circa drei bis fünf Metern gegen graue Pflastersteine ausgetauscht, um den Radfahrenden zu verdeutlichen, dass es sich bei den Nebenanlagen in der Parkallee nunmehr ausschließlich um Fußwege handelt. Diese Maßnahme dient der besseren Trennung der verschiedenen Verkehrsarten und damit der Sicherheit, insbesondere des Fußverkehrs. Der Beirat Schwachhausen hatte am 25. Oktober 2018 den kompletten Rückbau des Radweges beschlossen. Auch der runde Tisch „Fahrradstraße Parkallee“ sowie die dortige Anwohnerinitiative hatten sich mehrheitlich dafür ausgesprochen.

Zu Frage zwei: Die Kosten für den Austausch des alten roten Pflasterbelags im Bereich der Einmündungen und Überfahrten belaufen sich auf circa 35 000 Euro.

Zu Frage drei: Die Wiederverwendung gebrauchter Betonpflastersteine, insbesondere wenn diese gefärbt sind, ist unwirtschaftlich, da das Sortieren der Steine in brauchbares und unbrauchbares Material sowie die Reinigung der brauchbaren Steine die Kosten für neues Material übersteigen. Das nicht zum Wiedereinbau geeignete Material wird im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes der Wiederverwertung in einer Bauschuttaufbereitung zugeführt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grobien (CDU): Ich habe Sie richtig verstanden, dann wird der gesamte Fahrradweg quasi in mehreren Stufen auch noch in den kommenden Jahren bearbeitet, damit der alte Fahrradweg dann nicht mehr sichtbar ist? Oder habe ich Sie da missverstanden?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Genau! Es geht darum, dass er ja jetzt ein Fußweg ist und die Fahrradfahrer dort nicht mehr Fahrrad fahren, sondern die Fahrradstraße benutzen sollen. Ich glaube, jede Bremerin/jeder Bremer ist so gepolt – zumindest

habe ich das so gelernt, als ich nach Bremen kam – , das, was rot markiert ist, ist für den Fahrradverkehr. Selbst Touristinnen und Touristen lernen ganz schnell, dass man in Bremen dort, wo es rot ist, am besten nicht einfach stehen bleibt, weil dort Fahrradfahrer fahren. Wenn wir wollen, dass die Fahrradfahrer dann auch Fahrradwege benutzen, muss man ihnen das auch so signalisieren, und wenn sich im Gehirn für Ewigkeiten festgesetzt hat, dass rot gleichbedeutend damit ist, dass man dort Fahrrad fahren darf, dann ist es eben auch notwendig, die Farbe zu ändern.

Wenn ich das ergänzen darf: Es geht dort auch um die Sicherheit, und man möchte ja die Entflechtung des Fußgängerverkehrs vom Fahrradverkehr. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Ziel.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grobien (CDU): Ich bin heute Morgen zuletzt dort vorbeigefahren, und in der Tat, der alte Radweg wird ja noch insbesondere von Kindern und Jugendlichen extrem frequentiert. Ich habe noch zwei Fragen: Warum macht man es dann in mehreren Abschnitten, und warum nimmt man, wenn es ein Gehweg werden soll, nicht ganz normale Gehwegplatten, sondern Kleinsteinpflaster?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Die letzte Frage kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Ich nehme das dann gern mit, warum man einen anderen Pflasterstein gewählt hat als das normale Betonpflaster.

(Abgeordnete Grobien [CDU]: Denn das soll ja sichtbar werden!)

Nein, es ist – . Warum man jetzt rechteckige anstatt sechseckige Steine nimmt, kann ich Ihnen jetzt in der Tat nicht beantworten. Es ist ja auch erlaubt, dass Kinder dort noch fahren, aber es geht eben um die Erwachsenen, dass sie, wenn eine Fahrradstraße angeboten wird, eben nicht weiter auf dem herkömmlich einmal dafür, aber jetzt nicht mehr vorgesehenen Fahrradweg fahren.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grobien (CDU): Stimmen Sie mit mir überein, dass es für die Anwohner und für die Nutzer durchaus verwirrend ist, wenn sie jetzt auch im

alten Bereich des Fahrradwegs immer abwechselnd einmal ein rotes, einmal ein weißes, einmal ein rotes, einmal ein weißes Pflaster haben, also in mehreren Abschnitten? Das ist dann ein ständiges Hin und Her. Für die Nutzer ist das sehr unübersichtlich.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben bisher –. Das klingt ein bisschen nach Speckflagge und einer Bremer Pflasterung, das ist jetzt nicht vorgesehen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bisher sind an uns wenige oder gar keine Beschwerden herangetragen worden, dass es zu einer Verwirrung beiträgt. Ich glaube – ich schaue jetzt einmal die Fahrradfahrer aus dem Bereich an. –, dass die Fahrradstraße sehr gut angenommen wird und die meisten das auch wissen.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Beabsichtigt der Senat denn einen weiteren Rückbau von Fahrradwegen, also vielleicht auch dort, wo es mittlerweile diese Fahrradschutzstreifen gibt, und welche Haushaltsmittel hat der Senat dafür bisher eingestellt?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir befinden uns ja erst vor den Haushaltsberatungen, und insofern kann ich Ihnen jetzt noch nicht das Ergebnis vorwegnehmen, das am Ende bei den Haushaltsberatungen herauskommt. Wir haben uns aber koalitionär in den Verhandlungen darauf verständigt, den Etat für den Radverkehr zu vervierfachen. Es ist so – und das ist eben das, was ich vorhin meinte –, dass wir ja bisher eine Konkurrenzsituation von Fußgängern und Radfahrern hatten, die sich meistens einen engen Raum geteilt haben. Das ist auch die Philosophie in der Politik zum Beispiel des ADFC, die Fahrradfahrer in markierten Bereichen auf die Straße zu leiten, um damit eine Entzerrung des Fuß- und Fahrradverkehrs zu gewährleisten, weil das auch die Sicherheit für beide Beteiligten erhöht.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Ich kann nachvollziehen, dass Sie das entflechten wollen, aber warum werden dann in der Stadt weiterhin Fahrradwege saniert, wo doch eigentlich in Zukunft der Verkehr des Fahrradfahrers auf der Straße stattfinden soll?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Weil man sich natürlich ganz genau ansehen muss, wo das mit diesen Fahrradwegen funktioniert und wo nicht! Wenn Sie die Straßen entlangfahren, wo der Fahrradweg auf die Straße geleitet wurde, dann werden Sie merken, man braucht auch eine bestimmte Breite: Man fährt hinter dem Fahrrad her, es dürfen dann dort auch keine Autos parken, und nicht jede Straße ist zwangsläufig dafür geeignet. Insofern habe ich auch immer aus Ihrer Fraktion und Partei, aber auch von den anderen verstanden, es gibt ein sehr großes Interesse daran, Fahrradwege zu sanieren, die in einem schlechten Zustand sind, die zum Beispiel durch Baumwurzeln sehr holprig sind oder Schlaglöcher haben, und ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus.

Es gibt Straßen, die sich von vornherein viel besser dazu eignen, die Fahrradfahrer dort auf die Straße zu leiten, es gibt engere Straßen, bei denen das Sicherheitsgefühl der Fahrradfahrer größer ist, wenn es weiterhin den gemeinsamen Raum von Fußgängern und Fahrradfahrern gibt.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer sagen, dass sich die Meisten sehr über das freuen, was dort passiert ist. Vielleicht sollte man mit dieser Maßnahme auch einmal ein bisschen positiver umgehen und daran denken, dass möglicherweise das Kleinsteinpflaster auch für die Bäume besser ist als große Platten, um mehr Wasser zu bekommen. Meine Frage ist aber, diese rote Einfärbung hat sich dort ja sehr bewährt: Kann man sich vorstellen, dass man dieses erfolgreiche Modell auch auf Fahrradstraßen überträgt, auf denen sehr viel los ist, zum Beispiel die Humboldtstraße, die Rembertistraße oder die Wachmannstraße?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich finde, man muss schauen, welche Straßen demnächst saniert werden. Wenn sich etwas bewährt, wie wir es jetzt hier

an diesem Beispiel gesehen haben, dann soll das natürlich auch Schule für weitere Straßen machen, das ist doch ganz klar. Wir wollen den Fahrradverkehr weiter stärken, dazu haben wir uns ja auch alle politisch bekannt. Wir wollen den ÖPNV stärken, aber wir wollen auch den Fahrradverkehr stärken, das heißt, wir müssen uns auch um die Sicherheit der Fahrradfahrer kümmern, und wenn das ein gutes Beispiel ist, bei dem wir einfach sehen, dass sich Fahrradfahrer und Fußgänger dort sicherer im Straßenraum bewegen können und auch farbliche Fahrradmarkierungen irgendwie helfen können, soll das dann natürlich auch ein Beispiel für andere Straßen sein.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist kein Thema beantragt worden.

Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. September 2019
(Drucksache [20/21 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2019
(Drucksache [20/42 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Bernhard.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir die Debatte mit dem Antrag beantragten, war klar, dass die GeNo einen größeren Verlust eingefahren hatte, als wir es uns vorgestellt hatten. Das Wirtschaften hat nicht so geklappt, wie die Pläne vor

der Wahl waren, als man sich so manches vielleicht auch noch schöngerechnet hat.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Heute mussten wir dann in der Zeitung lesen, es ist nicht nur so, dass fast 18 Millionen Euro Verlust eingefahren werden – so die Prognose, die uns bekannt ist –, sondern dass 2021 auch noch die Insolvenz droht, wie wir ebenfalls der Zeitung entnehmen mussten. Damit ist klar, der Eigentümer, die Stadtgemeinde Bremen, ist gefordert, die Stadtgemeinde muss handeln, sie muss als Gesellschafter handeln, und wir sind gefordert, das hier politisch zu begleiten. Die Senatorin für Gesundheit ist gefragt zu handeln, einerseits als Vertreterin der Eigentümerin, andererseits aber auch, weil sie verantwortlich für die Landeskrankenhausplanung ist, weil sie verantwortlich für das Land und für die Möglichkeiten hier ist, Krankenhausleistungen in Anspruch zu nehmen und gesund zu werden.

Ja, die GeNo mit ihren 8 200 Mitarbeitenden ist einer der zentralen Bausteine für die Gesundheit der Menschen in Bremen, die ernsthaft krank sind, aber sie kann diese Aufgabe nicht so erfüllen, wie man es sich wünscht, indem sie nämlich schwarze Zahlen schreibt. Da muss man sich doch fragen, ob die Zukunftskonzepte, die bisher erarbeitet wurden, tragfähig gewesen sind. Man muss feststellen, nein, das sind sie nicht, denn es wird im laufenden Betrieb ein Minus erwirtschaftet, und da hat auch die große Schuldenübernahme jetzt kurz vor der Wahl noch nichts gebracht. Eine Trendwende ist nicht eingeleitet worden, Fehleinschätzung über Fehleinschätzung, und Dinge, die erkannt worden sind, sind zu langsam umgesetzt worden.

Ein großer Punkt, der verschlafen worden ist – das muss man tatsächlich sagen –, ist die Ambulantisierung. Während an anderen Krankenhäusern breit aufgestellte Ärztezentren entstanden sind und überlegt wurde, dort ambulante Operationen zu machen, ist das eben bei der GeNo nicht in dem Maße passiert, und man muss ganz klar feststellen: Das, was jetzt von den Niedergelassenen an ambulanten Operationen gemacht wird, ist nicht verwertlich, aber es hätte auch vieles davon bei der GeNo gemacht werden können, und wir stellen jetzt fest, dass man sich darauf einstellt, hier handeln zu müssen. Das ist gut so, aber es ist zu spät. Man muss eben auch überlegen, welche Felder es sind, auf die man in Zukunft setzt. Es lohnt jetzt nicht, hier hinterherzulaufen und zu schauen, was andere gemacht haben, und das am Ende noch zu kopieren. All dies muss gemacht werden, und das

heißt, es muss ein neues Zukunftskonzept her, denn das, was bisher erstellt worden ist, ist allenfalls Makulatur und muss überarbeitet beziehungsweise bestenfalls neu geschrieben werden.

(Beifall FDP, CDU)

Bisher ist das kein Zukunftskonzept. Es ist auch noch nicht klar, wie die Sanierung im Klinikum Links der Weser finanziert und organisiert werden soll, und es ist auch längst nicht klar, welche Aufgaben künftig in welchen Krankenhäusern geleistet werden müssen. Auch im Klinikum Ost ist noch nicht klar, wie die Sanierung endgültig abgeschlossen werden kann, auch hier muss noch entschieden werden, und wir sind froh, dass wir von der neuen Gesundheitssenatorin gehört haben, dass sie auch radikale Einschnitte machen will, denn wir brauchen dafür radikale Lösungen, die eben keine Tabus kennen, die eben nicht davon ausgehen, dass alles so bleibt, und die eben nicht auf das Rücksicht nehmen – da muss ich mich dann vielleicht sogar mit einbeziehen –, was vor Ort politisch alles gewünscht und gewollt wird, damit geschaut wird, was die beste Lösung für unsere Stadt ist, was die beste Lösung für das Oberzentrum Bremen ist, das eben bis nach Bremerhaven Menschen mit Gesundheitsleistungen versorgt, denken wir nur an die Notfallaugenversorgung, die dort geleistet wird!

Wir haben immer wieder das Problem, dass das Image der GeNo darunter leidet, dass sie wirtschaftlich nicht auf gesunde Füße kommt und Bremen immer noch nicht deutlich gemacht hat, dass es Krankenhaus kann. Immer noch steht die Frage im Raum, warum eine Stadtgemeinde wie Bremen Krankenhausleistungen nicht wirtschaftlich in dem Sinne effizient erbringen kann, dass eben dort eine schwarze Null geschrieben wird.

Uns Freien Demokraten geht es nicht darum, dass an städtischen Krankenhäusern Gewinn erwirtschaftet wird, uns geht es nicht einmal darum zu sagen, dass hier ein großer Deckungsbeitrag für die Stadt erarbeitet werden muss, nein, es geht uns darum, dass die Menschen dort gesund werden können und dass die Menschen, die bei der GeNo arbeiten, stolz darauf sein können, dass sie herausragende Arbeit leisten und ihr Arbeitsethos einbringen. Wir haben von der Geschäftsführerin gehört, dass sie gern auch Leistungen erbringen, die die GeNo nicht abrechnen kann. Ja, das verstehen wir sogar, dass die Menschen diese Leistungen erbringen, weil sie sie für notwendig erachten, aber warum arbeitet eine Geschäftsführung dann nicht mit

Hochdruck daran, dass sie abrechenbar werden? Diese Frage muss doch beantwortet werden, wenn ich höre, dass etwa 8 000 ambulante Leistungen nicht abgerechnet werden können, weil man sie nicht abrechnen darf. Das geht doch nicht, wenn man in dieser Situation ist!

(Beifall FDP)

Wir müssen bei der GeNo dahin kommen, dass die Kosten durch Einnahmen gedeckt werden. Das heißt, eine Neuentscheidung, wie sie gleich wieder vorschnell diskutiert wird, ist nicht die Lösung, denn es geht um ein strukturelles Problem. Es geht darum, dass im laufenden Betrieb Defizite erarbeitet werden, und diese Defizite gilt es abzustellen. Man muss über das Angebot reden, über die Frage, in welchem Haus welche Leistungen erbracht werden. Da muss es dann auch zu Änderungen kommen, und dann muss eben geschaut werden, wie Einnahmen und Kosten in Einklang gebracht werden, denn es muss effizient und wirtschaftlich gearbeitet werden, und gute Gesundheit muss dabei herauskommen.

Wir müssen uns überlegen, wie die Investitionen finanziert werden, und da geht es nur darum, dass die Investitionsverpflichtungen des Landes erfüllt werden, das muss getan werden. Wir haben noch keine monistische Krankenhausfinanzierung, wie wir Freien Demokraten uns das immer gern wünschen, und es geht darum, dass geschaut wird, welche Dinge vielleicht im Rahmen der Krisenvorsorge, der Notfallvorsorge erbracht werden, die von Krankenkassen gar nicht gedeckt werden. Ich bin ja sogar bereit, darüber zu diskutieren, ob wir eine Ebola-Vorsorge machen, die von Krankenkassen nicht bezahlt wird, und dann dafür extra Geld bereitgestellt wird, damit so eine Leistung von der GeNo auch der Stadtgemeinde oder dem Land in Rechnung gestellt werden kann. Darüber können wir gern diskutieren, aber das muss dann sauber auf den Tisch, das muss sauber diskutiert werden, und das sind die Fragen, die wir angehen müssen.

(Beifall FDP, CDU)

Ich habe es gesagt, wir haben an vielen Stellen ein Umsetzungsproblem, aber wir hatten, wie gesagt, auch ein großes Problem mit verschlafenen Ideen und mit verschlafenen Entwicklungen, wie etwa bei der Ambulantisierung. Diesen Trend gilt es jetzt eben zu sehen und zu schauen, wie man darauf reagiert, damit nämlich die Erlösschere beseitigt wird und geschaut werden kann, wie hier wirklich wieder wirtschaftlich gearbeitet werden kann,

und dann muss eben geschaut werden, wie eine moderne neue Medizinstrategie aussieht, wie Personalgewinnung zukünftig aussieht, denn es ist auch eine Frage, wie dieses Personal dort arbeitet, wie Menschen eingesetzt werden. Zu Recht ist gefragt worden, ob wir so viel Leiharbeit in den Kliniken brauchen, aber wir brauchen sie, weil die Arbeit sonst nicht getan wird, die Deckungsbeiträge sonst nicht erwirtschaftet werden und die Menschen nicht gesund werden. Letzteres ist es doch, was das Hauptziel eines städtischen Krankenhauses sein sollte und was der Grund dafür ist, dass wir als Stadtgemeinde ein Krankenhaus oder – besser gesagt – eine Krankenhausgesellschaft haben.

Wir müssen uns aber auch fragen: Ist die Führung dort richtig organisiert? Wir haben gehört, dass das Controlling immer noch im Aufbau und im Verbesserungsmodus ist. Natürlich kann man immer noch etwas besser machen, aber es ist noch so weit von dem entfernt, wie es sich auch die kaufmännische Leitung wünscht, dass ich mich frage, wann es endlich so weit ist. Wir haben die Situation, dass die Idee war, eine Einheitsgesellschaft zu machen, um das Ganze besser steuern zu können. Ich glaube, das Ergebnis ist, dass es nicht besser steuerbar geworden ist. Man hat Verantwortung aus den Häusern herausgezogen und bekommt die Steuerung als Fernsteuerung von der Zentrale aus nicht hin. Hier muss man nacharbeiten, hier muss man neue Verantwortlichkeiten schaffen und neue Strukturen schaffen, damit diese Verantwortung dann auch wahrgenommen wird, und man muss sich auch noch einmal die Frage stellen, ob die Einheiten, die bestehen, überhaupt angemessen groß und steuerbar sind.

Ich bin kein Fan der Bertelsmann-Studie über Krankenhäuser, daran gibt es viel zu kritisieren. Eine Frage wurde darin aber schon gestellt: Was sind optimale Krankenhausgrößen? Wir haben in Bremen vielleicht auch einige zu große Größen und einige zu kleine Größen bei den städtischen Krankenhäusern. Auch an der Stelle müssen wir uns noch einmal fragen, ob das alles optimal ist und wir hier nicht eine vernünftige Sortierung von Zuständigkeiten und Aufgaben brauchen. Müssen wir alles an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden lang an verschiedenen Standorten anbieten, oder reicht manches von dem Bedarf her auch anders? Wir wissen, dass die Situation in anderen Städten anders ist und es gemeistert werden kann. Bremen kann da etwas von Bremerhaven lernen. In Bremerhaven schaffen sie es, ihr Krankenhaus wirtschaftlich zu betreiben. Bremen sollte hier endlich die Arbeit machen, denn im Prinzip ist es doch so, wenn wir

weiter jedes Mal der GeNo aus der Bedrängnis helfen, werden sie es dort nie lernen.

(Glocke)

Hier sind wir doch gefordert, endlich voranzuschreiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Abgeordneter Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord ist spätestens 2021 zahlungsunfähig, wenn die Stadt kein frisches Geld zuschießt. Dem Klinikverbund droht die Insolvenz.

(Abgeordneter Rówekamp [CDU]: Einmal wieder!)

Mit dieser Schlagzeile heute Morgen im „Weser-Kurier“, gestern schon am frühen Abend online, dürfte jedem hier klar sein, die Situation der kommunalen Kliniken kann man nicht mit „Es ist fünf vor zwölf!“ bezeichnen. Nein, meine Damen und Herren, es ist eine Minute vor zwölf, und das, muss ich Ihnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen leider sagen, ist auch ein Ergebnis Ihrer seit über zwölf Jahren verfehlten Krankenhauspolitik.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich zunächst zu Beginn dieser Debatte fragen: Was macht das denn mit den Menschen, mit den Beschäftigten, mit den Patienten, mit Ärzten, die auch ein bisschen Karriereplanung haben? Das verunsichert sie, das schreckt sie ab, das ist nicht gut für das Image der GeNo, das ist auch nicht gut für das Image Bremens insgesamt. Deswegen, meine Damen und Herren, ich habe es im Controllingausschuss gesagt, ich habe es in der Sondersitzung der Gesundheitsdeputation gesagt: Nutzen Sie all die Erkenntnisse, die Sie jetzt haben – gerade die neuen Abgeordneten, gerade die drei neuen gesundheitspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen! –, um ihre Politik umzuleiten! Diese Stadt und ihre Kliniken, und zwar nicht nur die GeNo, sondern auch die freien Kliniken – das sind übrigens alles freigemeinnützige Kliniken –, haben eine andere, eine bessere und eine besser strukturierte und fairere Krankenhauspolitik verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Es gibt drei Begriffe, die man sich vielleicht auch als Selbstkritik vonseiten Rot-Grün – und jetzt ist

auch DIE LINKE in der Regierungsverantwortung, und da ist natürlich Frau Senatorin Bernhard gefragt! – vor Augen führt. Das erste Stichwort heißt „Organisierte Verantwortungslosigkeit“. Wenn Sie sich das einmal anschauen, seit über zehn Jahren erleben wir hier in dieser Stadt GeNo-Defizite, und wie gehen wir damit als Stadt, als Gesellschafter, aber auch als Parlament, als Haushaltsgesetzgeber um?

Wir sagen, ja, in Ordnung, so ein bisschen Druck wird ausgeübt, und dann wird Geld nachgeschossen. Selbst wenn der Rechnungshof – und das ist keine Untergliederung der CDU, meine Damen und Herren! – wie im Jahr 2014 im Rahmen eines Sonderberichts sagt, geht es so weiter und kommt es nicht zu nachhaltigen Strukturveränderungen bei der GeNo, dann werden wir definitiv ab dem Jahr 2018 ein jährliches Defizit von 20 Millionen Euro haben, und wir werden bis 2033 ein Haushaltsrisiko von bis zu 660 Millionen Euro haben, meine Damen und Herren, gesagt im Jahr 2014, jetzt haben wir 2019: Es ist nichts Wesentliches geschehen! Dafür trägt der rot-grüne Senat die Verantwortung, das ist ein Beispiel für organisierte Verantwortungslosigkeit!

(Beifall CDU)

Das Schlimme daran ist, jede dieser Millionen, die die GeNo extra bekommen hat, während man die freigemeinnützigen Kliniken sprichwörtlich links hat liegen lassen, die haben nichts bekommen – –.

(Zuruf Abgeordneter Gottschalk [SPD])

Doch, natürlich ist das so, sie haben nichts bekommen! Sie haben aus dem normalen Landesinvestitionsprogramm einen kleinen Teil im Rahmen der Fallpauschalen bekommen, aber auch das ist völlig unzureichend, das wissen Sie, ich sage das gleich noch! Jede dieser Millionen wäre aber woanders mindestens genauso gut ausgegeben, ob es Sporthallen sind, ob es zusätzliche Stellen bei der Polizei sind, ob es Kitas im Bereich Bildung sind oder irgendein anderer politischer Bereich. Sie tragen dafür die Verantwortung, dass diese Millionen, die in die nicht umstrukturierte GeNo gehen, letztendlich in ein Fass ohne Boden gehen, und das ist politisch verantwortungslos, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Das zweite Stichwort ist „Soziale Ungerechtigkeit“, da gerade die Parteien DIE LINKE, SPD und auch

die Grünen manchmal einen Überbietungswettbewerb an den Tag legen. Wirklich, mein dringlicher Appell, zunächst an die Senatorin Frau Bernhard, aber auch an die drei neuen gesundheitspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen, ist: Gehen Sie zu den Geschäftsführungen und Betriebsräten der vier freigemeinnützigen Kliniken in dieser Stadt, und sprechen Sie mit ihnen! Übrigens, alle Geschäftsführungen und Betriebsräte sind seit mehr als 15 Jahren im Amt, teilweise schon 24 Jahre, und sie haben es geschafft, unter den ähnlich schwierigen Bedingungen, die es im Krankenhausbereich wahrlich gibt, ihr Geschäft zu machen, nicht herumzunörgeln, und sie haben es geschafft, sogar ohne Baukostensteigerung und ohne Bauzeitverzögerung einmal eben ihren Geschäftsbereich zu erweitern. Gehen Sie hin, sprechen Sie auch einmal mit denen, und dann wissen Sie, sie haben wirklich – mit Verlaub, Frau Präsidentin! – den Hals voll! Wenn sie das heute lesen, wissen sie ganz genau, in ein paar Monaten gibt es wieder den schönen Nachschlag der Stadtgemeinde Bremen, aber sie, die freigemeinnützigen Kliniken, bekommen keinen Schluck aus der Pulle! Diese soziale Ungerechtigkeit muss endlich aufhören, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Das Dritte betrifft vor allem uns hier als Parlament, vor allen Dingen die Haushaltspolitiker. Was macht das eigentlich mit denen, die im Haushalts- und Finanzausschuss, im Controllingausschuss Fragen stellen, wie es bei der GeNo aussieht? Wird der Betriebsmittelkreditrahmen zu 80 Prozent erreicht? Liegt da schon eine Vorwarnung vor? – Nein, alles ist gut, wir machen weiter, das Zukunftskonzept kommt, und dann ist alles gut, so sinngemäß sind die Antworten.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen gefragt und haben sozusagen beruhigende, sedierende Antworten bekommen. Das ist verantwortungslos, wenn man dann durch den „Weser-Kurier“ erfahren muss, welcher hoher Bedarf da absehbar ist, dass 118 Millionen Euro Verlust in den nächsten vier Jahren dieser Legislaturperiode drohen, und dann ist noch nicht einmal von 60 Millionen Euro Abschreibungen für den TEN und von 300 Millionen Euro Sanierungs- und Investitionsbedarf nur für die kommunalen Kliniken die Rede!

Meine Damen und Herren, ich erinnere an das letzte Jahr, als man 69 Tage – oder waren es 68 Tage? – nach Verabschiedung des Doppelhaushalts einmal eben der GeNo 205 Millionen Euro

extra gegeben hat. Was macht das mit uns Haushaltsgesetzgebern? Wer sein Amt und seine Aufgabe, sein Mandat als Haushaltspolitiker und auch als Abgeordneter ernst nimmt, der darf damit nicht weitermachen, der muss auch hier einfordern: Alles muss auf den Tisch, die ganze Wahrheit muss auf den Tisch, alle Kliniken müssen gleichermaßen partizipieren, wenn es um Geld, um Investitionsgelder geht, und da darf es keinen GeNo-Sonderweg mehr geben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen, das ist etwas, was Sie heute vielleicht nicht so erwartet haben, aber ich hole die gelb-rote Karte jetzt schon einmal heraus. Wenn es so scheibchenweise weitergeht – nicht nur ich, auch Klaus-Rainer Rupp von der LINKEN hat gesagt, die Sitzung des Controllingausschusses am 13. November 2019 wird eine sehr ausführliche und wichtige Sitzung werden –, wenn wir bis dahin nicht schon einen Großteil aufgeklärt haben und weiterhin Informationen nicht an uns Politiker, an uns Haushaltsgesetzgeber durch die Zuständigen, durch die Verantwortlichen kommen, sondern mittels Zeitung, dann bleibt uns wahrscheinlich nichts anderes übrig, als zum schärfsten parlamentarischen Mittel der Aufklärung zu greifen. Ich will Ihnen das mit auf den Weg geben, denn es ist wirklich nicht auszuschließen, dass da noch eine Hiobsbotschaft nach der anderen kommt: Es muss Schluss sein mit dieser Missachtung des Parlaments, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Nur einmal zwei Zahlen, die auch unbedingt erwähnt werden müssen: In unserem Antrag, der Ihnen ja vorliegt, in dem auch dem Senat sozusagen ein Handwerkszeug mit an die Hand gegeben wird, geht es immer wieder auch um die Krankenhausinvestitionen insgesamt. Das ist Aufgabe des Landeshaushaltsgesetzgebers. Ich habe es in der Sondersitzung der Deputation in Richtung der Sprecher gesagt, Sie müssen sich durchsetzen, Sie müssen im Kampf um die Millionen schauen, dass Sie da etwas herausholen!

Wenn die Bremische Krankenhausgesellschaft als Interessenorgan aller Kliniken im Lande Bremen sagt, Leute, wir haben mittlerweile einen Investitionsbedarf von 613 Millionen Euro, und wir haben einen jährlichen Mindestbedarf an Investitionen von 80 plus zehn Millionen Euro wegen IT-Sicherheit, also von 90 Millionen Euro, Sie aber in Ihrem

Koalitionsvertrag nur stehen haben, Sie wollen schrittweise verdoppeln – wir kommen von 36, 38 Millionen Euro –, dann werden Sie ja noch nicht einmal dem Mindestbedarfsanspruch der Krankenhausgesellschaft gerecht, und das ist eine glatte Fünf als Schulnote! Das ist wahrlich nicht ausreichend, diese Zahl muss deutlich erhöht werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU – Unruhe Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss in dieser ersten Runde noch einmal ein ganz klares Bekenntnis zu den kommunalen Kliniken: Ja, wir brauchen die vier Standorte, wir brauchen diese vier Kliniken. Sie müssen aber wirklich neu strukturiert werden, sie müssen auch ein Stück weit marktorientiert sein, und bei alledem hat natürlich die gesundheitliche Daseinsvorsorge höchste Priorität.

Wir als CDU sind bereit, wie auch in den letzten Jahren, auch die unspektakulären und vielleicht auch unangenehmen Wege mitzugehen, wenn sie einer Sache dienen, nämlich dazu, dass wir die bestmögliche Patientenversorgung in unserer schönen Stadt haben und dass wir eine Zukunftssicherheit für alle Beschäftigten haben. Das sollten sich alle hier, gleich welcher Partei, richtig vor Augen führen, ich glaube, dann können wir es hinbekommen, aber die Verantwortung liegt bei Ihnen, bei dem neuen rot-grün-sozialistischen Senat und den ihm unterstützenden Fraktionen. – Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich ganz herzlich den ehemaligen Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Erlanson, hier heute begrüßen.

Seien Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir im vergangenen Jahr die 205 Millionen Euro Hilfen für die GeNo beschlossen, habe ich als haushalts- und controllingpolitischer Sprecher auch für die SPD vorgetragen. Ich bin damals nicht davon ausgegangen, dass wir mit dieser wenngleich sehr großen Hilfe schon alle Probleme der GeNo lösen würden,

aber ich bin davon ausgegangen, dass wir uns mit dieser Hilfe auf jeden Fall für eine geraume Zeit stabile finanzielle Bedingungen schaffen, um dann in Ruhe diese Probleme lösen zu können.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Bis zur Wahl! – Zuruf Abgeordneter Eckhoff [CDU] – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Eine verdammt kurze Zeit haben Sie sich erkauft!)

Herr Röwekamp, mir ist das Thema zu wichtig, als dass ich jetzt auf diese billigen Einwürfe eingehen würde.

(Beifall SPD – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Na, dann tun Sie es doch auch nicht! – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Das merkt man leider nicht! Wenn es Ihnen wichtig wäre, könnten Sie es ja auch lösen!)

Herr Röwekamp, ich habe gesagt, dass ich auf diese billigen Einwürfe nicht eingehe! Als wir dies damals beschlossen haben – ich habe es gesagt –, wussten wir, dass es größere Probleme gibt. Wir wissen – und das ist etwas anders dargestellt, als die Vorredner es dargestellt haben –, dass nicht nur die GeNo Probleme hat, sondern auch andere Krankenhäuser.

Wir kennen die Zahlen, dass bis 2025 in Deutschland möglicherweise bis zu 40 Prozent aller Krankenhäuser insolvenzgefährdet sein werden. Wir wissen, dass dies im Wesentlichen auch mit dem System der Krankenhausfinanzierung zusammenhängt, die nicht nur darauf angelegt ist, möglichst viel Effizienz zu erzielen, sondern immanent das Ziel verfolgt, den Markt der Krankenhäuser in Deutschland zu bereinigen und einen Konzentrationsprozess voranzubringen.

Wir wissen, dass wir auch die Probleme der GeNo, die hier noch einmal genannt worden sind, nicht kurzfristig lösen können. Wir haben Probleme im Bereich der Pflegekräfte, wir haben Probleme im Bereich der Verluste durch Beanstandungen von Krankenhäusern, von denen wir noch nicht genau wissen, inwieweit sie einfach auf Versäumnisse der Krankenhäuser zurückzuführen sind oder auch auf Verhaltensweisen der Krankenkassen, und wir wissen, dass wir große Herausforderungen im ambulanten System haben, für die die Antwort nicht einfach von den Krankenhäusern – auch nicht von der GeNo – sein kann, ihr Angebot zu erweitern, sondern sie müssen auch andere Strukturen aufnehmen. Dies alles wissen wir.

Dennoch aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es nicht sein, dass die Prognosen und die wirtschaftlichen Erwartungen der Geschäftsführung eines solchen Krankenhauskomplexes nicht einmal für ein Jahr Bestand haben.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Es darf nicht sein, Herr Dr. Buhlert, insofern gebe ich Ihnen gern recht, es darf nicht sein. Ich möchte auch hier deutlich machen, dass die Antwort auf diese Probleme nicht einfach sein kann, dass diese finanziellen Lücken mit Geld geschlossen werden.

(Beifall CDU)

Das Ziel muss sein, dass wir im Bereich des Betriebes zu schwarzen Zahlen kommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aus diesem Grunde muss jetzt mit Hochdruck weiter an diesen strukturellen Fragen gearbeitet werden.

Vieles ist hier schon angesprochen worden. Klar, Herr Bensch, es geht auch, wie es in Ihrem Antrag genannt wird, um die Frage von Doppelstrukturen, es geht um Fragen der Spezialisierung, es geht um die Fragen, wie wir diese Aspekte dann im Bereich der Sanierungen der Klinik Links der Weser, aber auch im Klinikum Ost abbilden, aber ich glaube – und das ist etwas, an das wir uns vielleicht einfach noch gewöhnen müssen –, dass diese Fragen noch nicht einmal allein die GeNo betreffen. Ich glaube, dass wir an diese Frage, wie wir hier in Bremen eine Krankenhausstruktur bekommen, die nicht nur eine hohe Qualität hat, sondern auch nachhaltig schwarze Zahlen schreibt, mit einem größeren Blick herangehen müssen, und ich glaube, dass wir in diesem Bereich, gerade auch wenn wir vor der Frage stehen, wie wir die Landeskrankenhausinvestitionen gestalten, auch diese Fragen mit bedenken müssen.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Ich sage Ja!)

Deshalb, Herr Bensch und auch Herr Dr. Buhlert, denke ich, das sind Herausforderungen, die wir gerade auch in der Gesundheitsdeputation und im Controllingausschuss politisch noch eingehender diskutieren müssen. Es ist uns nicht geholfen, wie es teils in den Anträgen anklingt, jetzt einen Schnellschuss innerhalb von einem halben Jahr zu machen, um Probleme zu lösen, von denen Sie selbst sagen, dass sie uns schon erheblich länger

verfolgen. Deshalb werden wir Ihren Antrag in die Deputation und in den Controllingausschuss überweisen, damit wir dort gerade auch mit den Fachpolitikern, die damit befasst sind, diese Fragen vertieft angehen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat die Abgeordnete Osterkamp-Weber das Wort.

Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin eine der neuen Abgeordneten und wurde als Sprecherin der grünen Fraktion in die Gesundheitsdeputation gewählt, zumindest schon einmal für den städtischen Bereich. Daher habe ich sehr genau zugehört, was Sie gesagt haben, Herr Bensch, darauf komme ich gleich noch.

Ein paar Klarheiten zu Beginn! Klar ist, dass wir alle eine ausreichende und gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Bremen wollen. Die GeNo-Häuser sind hieran maßgeblich beteiligt, natürlich auch neben anderen bestehenden Kliniken hier in Bremen. Klar ist, dass sie eine breite Palette an gesundheitlicher Versorgung anbieten, und jeder der vier Standorte hat eine spezifische Expertise. Die Bremerinnen und Bremer haben eine garantierte Versorgung 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche, unabhängig davon, welche individuelle Notfallsituation entstanden ist.

Klar ist, dass die GeNo-Häuser einer der größten Arbeitgeber oder, wie es heute Morgen noch einmal zu lesen stand, der zweitgrößte Arbeitgeber hier in Bremen sind. Ich finde, es muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gemacht werden, dass wir allen Mitarbeitern der Pflege, der Funktionsbereiche und der Ärzteschaft, die sich täglich um das Wohl der Patienten vor Ort kümmern, unsere größte Anerkennung aussprechen müssen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dies möchte ich auch auf alle anderen Klinikbereiche und Pflegebereiche ausweiten. Wir haben schon vieles über die Bedingungen gehört, denen die Kollegen zurzeit aufgrund des Fachkräftemangels in allen Kliniken in Bremen ausgesetzt sind. Sie machen diese Arbeit zu einer täglichen Herausforderung.

Klar ist auch, dass wir uns in den vergangenen Jahren wie auch im bestehenden Koalitionsvertrag

jetzt für den kommunalen Klinikverbund ausgesprochen haben. Das haben uns auch gerade die Kollegen bestätigt. Diese Klarheit wurde in den vergangenen Jahren immer wieder mit finanzieller Unterstützung untermauert. Klar ist für uns damit auch immer verbunden gewesen – und das wurde in aller Deutlichkeit formuliert –, dass die GeNo-Geschäftsführung Maßnahmen ergreifen muss, um das Unternehmen zukunftssicher aufzustellen. So weit zu den Klarheiten, nun komme ich zu den Unklarheiten!

Die Planungen für das laufende Geschäftsjahr 2019 sind absolut nicht aufgegangen. Statt erwarteter Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr muss der Klinikverbund am Anfang der zweiten Jahreshälfte ein erwartetes Defizit von bis zu 18 Millionen Euro bekannt geben. Unklar bleibt, ob diese 18 Millionen Euro wirklich das Ergebnis am Ende des Jahres sein werden.

Die GeNo-Geschäftsführung hat in einer Sondersitzung der Deputation Maßnahmen, die bisher getroffen wurden, dargestellt. Alle darin geschilderten Maßnahmen haben bisher keine wirklichen Effekte gezeigt. Unklar bleibt, warum dies so ist und warum es keine angemessene Einschätzung gab, was die Einnahmenseite in diesem laufenden Geschäftsjahr angeht. Unklar bleibt auch, was mit den Millionen Euro passiert ist, die aus dem vergangenen Nachtragshaushalt an die GeNo geflossen sind, und warum trotzdem in diesem Jahr dieses große Defizit entstanden ist.

Liebe Fraktionen der FDP und CDU, ich glaube nicht, dass wir es jetzt kurzfristig mit einem neuen Zukunftskonzept 2025 schaffen werden, die Klarheit zu schaffen, die wir so dringend brauchen. Einen Klinikverbund dieser Größe, wie wir ihn hier in Bremen haben, werden wir nicht innerhalb kürzester Zeit grundlegend verändern können, ohne dass Arbeitsplätze und die Versorgung der Bremerinnen und Bremer unter Umständen in Gefahr geraten, aber was wir ganz dringend brauchen – und davon reden Sie, und dafür stimme ich auch –, ist Transparenz. Diese Transparenz muss dann gemeinsam bewertet und in eine Zukunft gefügt werden.

Wir alle müssen verstehen, was im laufenden Geschäftsjahr zu diesen Zahlen geführt hat. Die Personalmindestverordnung, der Fachkräftemangel, der nicht zu planende Casemix oder die fortschreitende Ambulantisierung sind hier schon genannt worden. Das sind verständliche Begründungen, aber diese Begründungen treffen alle Kliniken in Bremen und auch viele Kliniken bundesweit. Ich

möchte wissen, was außerhalb dieser Entwicklung in den GeNo-Häusern im vergangenen Jahr passiert ist, dass dieses Defizit entstanden ist.

Ich glaube nicht, dass wir, wenn wir ein neues Konzept mit diesen neuen Menschen in diesen Fraktionen erstellen, damit überholen, was es bisher gibt. Ich plädiere sehr eindringlich dafür, dass wir das, was bisher verfasst und von den vorherigen Fraktionen vereinbart wurde, ganz genau auf den Prüfstand stellen, dass wir mit aller Betroffenheit, mit der wir diese defizitären Zahlen zur Kenntnis nehmen mussten, ganz genau erfragen, wo diese Punkte in dem Konzept, das vorliegt, ins Wanken geraten sind. Wo konnten sie mit welchen Ergebnissen umgesetzt werden, wo konnten sie noch nicht umgesetzt werden, und was sind hierfür die Gründe? Die Ansätze dafür sind in der Sondersitzung der Deputation gemacht worden, dies ist aber, was die Antworten angeht, aus meiner Sicht absolut nicht ausreichend.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE)

Als jetzt neu eingesetzte Sprecherin erwarte ich an dieser Stelle mehr als die vorhin dargestellten Begründungen, denen alle Kliniken unterworfen sind. Es muss der GeNo-Geschäftsführung gelingen, uns deutlich zu machen, wie es hierzu kam.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum beantragen wir die Überweisung der Anträge von FDP und CDU in die Deputation. Das ist für mich die Stelle, an der wir sehr genau hinschauen müssen, wo wir mit unserer Fachexpertise sehr genau Fragen stellen müssen und wo noch einmal die GeNo-Geschäftsführung die Chance hat, genau zu untermauern, wie diese Schieflage entstanden ist, sodass wir alle in der Lage sind, das konstruktiv zu bewerten. Zur heutigen Debatte liegen mir nicht genug Informationen vor, um dies zu tun. Ich befürworte aber, dass wir diese Informationen bekommen, dass wir das nachhaltig von der Geschäftsführung einfordern, sie uns dann in der Deputation Antworten geben kann, um daraus zusammen mit der Geschäftsführung der GeNo Maßnahmen für diese Kliniken zu entwickeln, die wir alle – und das wurde von Ihnen betont – wollen und die für Bremen und die Gesundheitsfürsorge hier in Bremen so wichtig sind. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben als Politikerinnen und Politiker in Bremen, als Bürgerschaft, verschiedene Verantwortung. Die erste Verantwortung, die wir haben, ist sicherzustellen, dass alle Bremerinnen und Bremer, insbesondere in Notfällen, eine gesicherte, hochwertige, an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden dauernde Krankenversorgung haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die zweite Verantwortung ist, dass wir die Arbeitsbedingungen derjenigen, die in den Kliniken arbeiten, gegenüber dem jetzigen Zustand verbessern, die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, der Ärztinnen und der Ärzte, die in der Tat einen ausgesprochen harten und anspruchsvollen Job haben. Das ist die zweite Aufgabe, die wir haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die dritte Aufgabe ist, wenn es nur irgendwie geht, dafür zu sorgen, dass die kommunalen Kliniken mit ihrer Einnahmesituation so aufgestellt sind, dass sie die Kosten decken. Das darf – nicht wie in der Vergangenheit hin und wieder angedacht und auch praktiziert – eben nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen, da müssen wir andere Wege finden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich stimme ja mit meinen Vorrednerinnen und Vorrednern in der Analyse der Situation ziemlich überein, dass wir noch im März dieses Jahres Prognosen bekommen haben, die schon nicht mehr gelten, dass wir Geld hineingegeben haben und feststellen, es hat nicht gereicht, dass wir dringend eine Prognose beziehungsweise einen Plan brauchen, der einen anderen Weg aufzeigt, darin stimmen wir überein. Wenn man aber – einmal verkürzt – in so einen Antrag hineinschreibt, wir wollen, dass das besser wird, dann ist dadurch nicht wirklich geholfen, sondern wir müssen verschiedene Dinge tun.

Erstens, wir müssen einmal genau hinsehen, was eigentlich bundesweite Trends, bundesweite Entwicklungen hinsichtlich der Krankenhaussituation in der Bundesrepublik sind. Es ist eben nicht unerheblich, dass das, was die Krankenhäuser für ihre Leistungen bekommen, auf dem sogenannten Landesbasisfallwert basiert, der in den letzten Jahren

eben nicht entsprechend der Personalkostensteigerung gestiegen ist und somit die Kliniken ständig unter ökonomischen Druck gesetzt hat. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Lösung in der Krankenhaussituation insgesamt ist, diese Landesbasisfallwerte und diese diagnosebezogenen Gruppierungen auf den Prüfstand zu stellen, politisch aktiv zu werden und zu sagen, dass diese Form von Bezahlung der Krankenhäuser langfristig strukturelle Defizite schafft, und das kann man auch am Beispiel der GeNo sehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir wissen aber auch, dass die Idee der Vergangenheit, dass die GeNo ihren Teilersatzneubau, der mittlerweile ein neues Krankenhaus ist, aus eigenen Erlösen finanziert, ein Ansatz war, der tatsächlich im Endeffekt gescheitert ist. Das war einer der Gründe, warum wir vor den letzten Haushaltsberatungen, im letzten Jahr oder in den letzten eineinhalb Jahren, die GeNo finanziell entlastet haben, weil es eben nicht geht, dass Investitionen aus diesen Krankenseinnahmen finanziert werden.

Wir haben ungefähr seit März dieses Jahres eine völlig neue Situation. Bis dahin war es so, dass das operative Geschäft, also Einnahmen und Ausgaben, abgesehen von Zinsen, Kapitaldienst und Steuern, positiv war. Das ist ein Zeichen dafür, dass es wirtschaftlich durchaus bergauf gehen kann. Diese Verhältnisse haben sich umgekehrt. Wir haben eine Situation, in der ein Minus aus dem operativen Geschäft entsteht. Das ist ein wirklich ernst zu nehmendes Problem.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Ja!)

Die Frage ist: Wie lösen wir es? Da kann man selbstverständlich leicht sagen, alle Zahlen müssen auf den Tisch, wir brauchen ein neues Zukunftskonzept, wir brauchen eine neue Geschäftsführung. Wir machen dann aber dasselbe, was Sie der Geschäftsleitung vorwerfen: Sie bringen Dinge in die Diskussion ein, von denen nicht ansatzweise klar ist, ob sie die gewünschte Wirkung erreichen oder nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir wissen, wenn wir auf die GeNo schauen, um die verschiedensten Probleme. Die jetzige Prognose, die Prognose aus dem März, wird nicht erreicht, weil nicht hinreichend genug sogenannte Casemix-Punkte erreicht werden. Das heißt, zu wenige Menschen sind krank geworden, zu wenige

Menschen haben Notfälle gehabt, und diese Dinge wurden zu wenig abgerechnet. Die Fallzahlen sind zurückgegangen, und die Casemix-Punkte sind zurückgegangen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhler [FDP])

Was meinen Sie bitte?

(Abgeordneter Dr. Buhler [FDP]: Die Menschen sind vielleicht krank geworden, aber nichts ins Krankenhaus gekommen!)

Stimmt! Da ist ja tatsächlich ein Hauch von Differenzierung. Ja, es sind weniger Menschen als sonst stationär aufgenommen worden, und immer mehr Notfälle, die nicht wirklich hinreichend finanziert werden, sind ein Problem. Also, in der Tat ist es ein Beweis dafür, dass wir das differenzierter betrachten müssen. Wir müssen schauen, was Ambulantisierung heißt, wie man da gegensteuern kann, und wir müssen uns mit der Tatsache zurechtfinden, dass bundesweit insgesamt die Zahl der sogenannten Casemix-Punkte zurückgeht.

Wir müssen uns aber auch mit der Frage auseinandersetzen, was an diesem Rückgang eigentlich hausgemacht ist. Es steht hin und wieder darin, dass bestimmte Leistungen nicht erbracht werden können, weil Stationen geschlossen werden mussten. Jetzt habe ich mich einmal mit den Leuten, mit den Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, hingesetzt und wollte einmal nachfragen: Was heißt denn das, Stationsschließungen? Da gibt es zwei sehr interessante Entwicklungen.

Die eine Entwicklung ist, dass beispielsweise im Operationssaal eine Intensivpflegekraft fehlt beziehungsweise fehlen in der Station, in der Operationen stattfinden, Intensivpflegekräfte oder ein Anästhesiearzt beziehungsweise eine Anästhesieärztin, und dann ist der Operationssaal geschlossen.

Es gibt aber auch noch eine andere Entwicklung. Ich habe gelernt, es gab einmal Zeiten, da haben in der Frühschicht vier Pflegekräfte gearbeitet, nachmittags drei und nachts eine. Jetzt arbeiten drei, zwei, eine, und wenn von denen jemand ausfällt, dann ist gleich die ganze Station infrage gestellt, weil dann teilweise die Hälfte der Pflegekräfte nicht da ist.

Die Folge ist, erstens: Es werden Betten oder ganze Stationen geschlossen, und die Folge ist auch zweitens – und da kommen wir zu den Beschäftigten –, dass es für viele Pflegekräfte keine verlässlichen

Schichtpläne mehr gibt. Jetzt kann man sagen, sie sollen sich nicht so anstellen. Nein, so geht es nicht! Das ist ein strukturelles Problem. Wenn es so ist, dass immer mehr Menschen im Pflegedienst keine verlässlichen Schichtpläne mehr haben, dann bedeutet das sozusagen eine Flucht in Leiharbeit, eine Flucht in Teilzeit, Flucht in Anführungsstrichen, und dann haben wir eine Verstärkung des Personalproblems, müssen wieder Leiharbeitskräfte einkaufen und haben somit ein ökonomisches Problem, das sich langsam verstärkt.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist ein Problem, das wir lösen müssen, und wenn wir dieses Problem lösen, sind wir vielleicht auch bei der Frage, ob wir irgendwann schwarze Zahlen schreiben, ein Stück weiter.

Ja, der medizinische Dienst hat herausgefunden, dass die Krankenkassen richtig viel Geld sparen können, wenn sie jede Menge Abrechnungen beanstanden, 25 Prozent. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob damit nicht ein Bärendienst erwiesen wird, insbesondere den Patientinnen und Patienten und den Krankenhäusern. Man muss überprüfen, ob das überhaupt in der Weise gerechtfertigt ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Notfallambulanz ist unterfinanziert, wir haben neue Bundesgesetze, wir wissen noch nicht, wie sie sich auswirken. Auf der einen Seite scheinen sie positive Wirkung zu haben, auf der anderen Seite sehen wir, dass es in der Tat möglicherweise auch wieder Probleme aufwirft.

Ich habe mich noch mit einem Detailbereich auseinandergesetzt, der nämlich auch interessant ist: Die GeNo hat sogenannte patientenferne Dienste, also das Bettenmachen, Patienten vom dritten Stock in den zweiten zu schicken und Ähnliches, dafür gibt es deutlich weniger gut bezahlte Kräfte, dafür muss man auch keine ausgebildete Pflegekraft sein.

Jetzt wurde mir geschildert, dass diese patientenfernen Dienste oft gar nicht in der Weise am Start sind und wiederum Pflegekräfte diese Aufgaben übernehmen müssen, für die sie formal gar nicht mehr zuständig sind. Das ist auch wieder so ein Effekt, bei dem man in Personalnöte kommt und so weiter. Also, es gibt noch ganz viele Facetten, die wir uns anschauen müssen.

Ich werbe sehr dafür, dass wir am 13. November 2019 den ersten Schritt machen, diese Dinge ausdifferenziert und exakt zu lokalisieren – was ist Bund, was ist Land, was ist Geschäftsführung? –, und dass wir aufgrund einer solchen Analyse bis ins Detail sagen, was wir in Zukunft brauchen. Last, but not least bin ich überzeugt davon, dass meine geschätzte Kollegin Claudia Bernhard uns bei diesem Vorhaben sehr intensiv unterstützt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, es ist ein Thema, das wir weiter diskutieren müssen und werden. Als jemand aus der Opposition habe ich gar nicht geglaubt, dass der Antrag angenommen wird, aber es ist doch klar, was wir gefordert haben, eine Lösung innerhalb von sechs Monaten, und das ist kein Schnellschuss, denn wir haben nicht gesagt, das ist die Lösung, sondern wir haben gesagt, lieber Senat, der du Verantwortung trägst, erarbeite sie mit der Geschäftsführung der GeNo, damit wir hier vorankommen und nicht ein Fass ohne Boden haben! Stopft es endlich! Das war die Aufforderung, und die ist richtig und bleibt richtig. Wir müssen auch die Aufgaben, die alle jetzt zu Recht von den Vertreterinnen und Vertretern der Koalition vorgetragen worden sind, in dieser kurzen Zeit erledigen.

Wir stellen doch 18 Millionen Euro Verlust fest, die aufgefangen werden müssen, ich glaube, es waren 66 Millionen Euro, die wir im letzten Jahr in die Kasse gegeben haben, nicht zur Entschuldung der GeNo. 66 Millionen Euro entsprechen den Kosten für drei Grundschulen, und wenn wir uns das anschauen, 18 Millionen Euro, eine Grundschule, das ist die Größenordnung, die wir sehen müssen, dann müssen wir einfach entscheiden: Können wir uns das leisten, wollen wir uns das leisten, oder müssen wir gegensteuern?

Ich bin gern bereit zu diskutieren, was denn der Bund hier macht, aber ich bin nicht bereit zu sagen, der Bund gibt hier Rahmenbedingungen vor, die wir nicht ändern können, also müssen wir mit einem Verlust leben, sondern wir werden uns, egal wie das Wetter draußen ist, darauf einstellen müssen, wie ein Kapitän oder eine Kapitänin nicht sagen zu können, das Wetter ist schlecht, das Schiff

hat ein Problem, sondern das Schiff hat ein Problem, und wir müssen damit umgehen, egal wie das Wetter von Herrn Spahn als Bundesgesundheitsminister gestaltet wird.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Insofern bleibt zwar die Aufgabe, es zu analysieren, aber wir müssen schauen, was die Erkenntnisse sind, die wir daraus ziehen können, und was die Lösungen sind, die wir hier finden können.

Es ist von dem Kollegen Rupp eben schon viel über Pflegekräfte geredet worden, zu Recht, denn es ist entscheidend, dass wir genügend Menschen haben, die die Gesundheitsdienstleistungen erbringen. Das heißt aber doch, wir müssen schauen, dass sie nicht zu stark belastet sind, sodass sie die Belastung aushalten können. Wenn wir aber sagen, sie gehen heraus, weil ihnen flexible Arbeitszeitmodelle fehlen, stelle ich die Frage, warum wir diese dann nicht bei der GeNo schaffen, und wenn wir sagen, wir müssen Lösungen für alle Krankenhäuser schaffen, warum machen wir dann nicht eine Krankenhausplanung, die genau das erreicht, nämlich diese Dinge für alle Häuser zusammenzubringen?

Natürlich gab es Fehleinschätzungen. Mit dem Geld des letzten Jahres – ich habe es vorhin dazwischengerufen – haben wir uns Zeit erkaufte, besser gesagt, die damalige Koalition hat sich Zeit erkaufte, aber die Lösungen müssen her. Es ist ja nett, dass wir jetzt feststellen, dass der Krankenhausneubau nicht finanzierbar war. Ehrlich gesagt, das war schon klar, als er beschlossen wurde, denn damals wurde schon gesagt, dass die gesamte Ertragskraft gebraucht wird, und Klaus-Rainer Rupp hat mir da im Haushalts- und Finanzausschuss, wenn ich das zitiert habe, nie widersprechen können, weil es immer schon so war.

(Zuruf Abgeordneter Rupp [DIE LINKE])

Insofern ist es genau erforderlich, dass wir hier voranschreiten und eben Lösungen, die nachhaltig sind, erarbeiten müssen, das heißt, auch mit den Kassenärztlichen Vereinigungen zusammenzuarbeiten.

Warum ist die Notaufnahme denn so organisiert, wie sie organisiert ist? Warum hat es damals trotz zweieinhalb Jahren Verhandlung keine Einigung mit der Kassenärztlichen Vereinigung gegeben? Warum war ein St.-Joseph-Stift dazu in der Lage? Nicht dass ich schlecht finde, was dort entstanden

ist, aber warum ist das kein Modell für andere Krankenhäuser, das eben dann auch dafür sorgt, dass Dinge, die die GeNo nicht abrechnen kann, dann bei der KV landen und dort eben auch abgerechnet und vernünftig bearbeitet werden? Also, auch da Fragen, die wir alle beantworten müssen, wofür wir aber eben nicht unendlich Zeit haben, sondern tätig werden müssen.

Ich bin deswegen froh, dass die Koalition beantragt hat, dass das Ganze überwiesen wird. Ich bin mit großer Freude dabei, es zu überweisen. Ich erwarte dann auch, dass wir in der nächsten Sitzung der Deputation am 2. Oktober 2019 bereits darüber reden, auch wenn das bis nahe an den Feiertag dauert, damit wir hier vorankommen. Ich bin auch gern bereit, noch weitere Sondersitzungen der städtischen Gesundheitsdeputation einzuschieben, denn einen Unterschied habe ich zu Rainer Bensch: Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir im Zweifel einen Untersuchungsausschuss brauchen, denn der untersucht die Vergangenheit. Hier geht es darum, Zukunft zu gestalten, und das schaffen wir im Zweifel mit Sondersitzungen der Gesundheitsdeputation, damit wir dort vorankommen.

Wir sind gern bereit, hier zu arbeiten und das zu unterstützen, denn wir haben nicht die Zeit, weil uns das Geld zwischen den Händen zerrinnt, und das darf nicht sein. Wir müssen endlich dieses Damoklesschwert des schlechten Rufs aufgrund schlechter Finanzen von der GeNo nehmen, damit auch klar wird, welche gute Arbeit da geleistet wird, wo gute Arbeit geleistet wird, damit sie dort auch weiter geleistet werden kann, auch wenn wir das eine oder andere von einem Krankenhaus in das andere verlagern müssen, damit es wirtschaftlicher und effektiver wird, aber um es für die Bremerinnen und Bremer zu erhalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abgeordneter Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu meiner Überraschung sehr ernsthafte, konstruktive Beiträge des Kollegen Gottschalk, der neuen Kollegin Ilona Osterkamp-Weber und auch von dem Kollegen Klaus-Rainer Rupp, vielen Dank dafür! Ich glaube Ihnen das, Sie haben alle mehr oder weniger die Botschaft herübergebracht, Sie sind sich der Ernsthaftigkeit der Defizitlage bei der GeNo sehr bewusst.

Sie schauen sich das an, und dann muss es ja irgendwelche Konsequenzen geben. Das kann ja eigentlich nur bedeuten, es muss auch Auswirkungen auf die Haushaltsberatungen haben. Da denke ich jetzt auch einmal an Hermann Kuhn, der gesagt hat, das seien die zweiten Koalitionsverhandlungen, und wenn ich an Hermann Kuhn und das Wort Koalitionsverhandlungen denke, muss ich an Ihren aktuellen Koalitionsvertrag denken. Den habe ich durchgelesen, und da habe ich vor allem im Kapitel „Prioritäten“ gesucht, und ich habe angenommen, wohl wissend, dass die GeNo das größte Haushaltsrisiko der Stadtgemeinde Bremen ist, auch irgendwo ein bis zwei Sätze zur GeNo zu finden. Sie sind aber nicht zu finden. Darin stehen zehn, elf andere Punkte, aber die GeNo kommt überhaupt nicht vor. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Lob muss ich sofort wieder einschränken, es liegt jetzt an der Glaubwürdigkeit, ob Sie das, was Sie hier angekündigt haben, auch wirklich konstruktiv umsetzen. Ich werde Ihre Botschaften auch in Richtung der freigemeinnützigen Kliniken, deren Geschäftsführungen und Betriebsräte weitertransportieren, um Sie positiv unter Druck zu setzen. Ich erwarte, dass Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Zweite ist, wir haben ja in unserem Antrag auch ein paar Instrumente, die haben wir noch gar nicht so erwähnt, und ich bin gespannt, wie wir dann auch in der Gesundheitsdeputation darüber sprechen. Insbesondere von Rot-Grün-Rot kam ja Kritik, was die amtierende Geschäftsführung der Gesundheit Nord angeht. Wir haben in unserem ersten Forderungsteil geschrieben, wir wollen eine Besetzung der operativen Geschäftsführung mit einer erfahrenen Person, die im Bereich von Kliniksanierungen auch wirklich schon Nachweise erbracht hat, dass sie es kann. Dann haben wir das Thema Abbau von Doppelstrukturen benannt, ein klares Bekenntnis zu den vier Standorten.

Das Thema Fachkräftestrategie ist auch eben genannt worden. Wir müssen die GeNo langfristig attraktiv machen. Die neue Staatsrätin hatte ja auch vorher, bei der GeNo für Bildung und so weiter zuständig, bestimmt Ideen, wie das geschehen kann, dass wir Bremen als Pflegeausbildungsstandort attraktiv machen können, damit die GeNo noch attraktiver machen können und die anderen Kliniken auch attraktiver machen können. Auch das muss Bestandteil eines neuen Konzepts sein.

Mit Blick auf die Aussagen des Kollegen Gottschalk: Fragen Sie einmal die Geschäftsführer der

freien Kliniken! Sie wurden ziemlich genau heute vor zwei Jahren vom Gesundheitsressort bezüglich der Landeskrankenhausplanung angeschrieben, die ohnehin seit 2015 schon überfällig war und von der ich immer wieder gesagt habe, Sie müssen doch jetzt allmählich wieder anfangen! Das ist immer wieder vertagt worden. Man kann spekulieren, warum, Probleme wegschieben, GeNo wegschieben et cetera, aber dann kam der Brief aus dem Gesundheitsressort, und was ist in diesen letzten zwei Jahren geschehen? Sie haben alle ihre Hausaufgaben gemacht, aber die Verhandlungen kommen ins Stocken. Nur die Zentrenfrage ist definitiv geklärt, alles andere nicht!

Wenn Sie so mit den Geschäftsführungen der freien Kliniken umgehen, dann können Sie nicht länger darauf setzen, dass sie das auch aushalten. Sie haben das Recht, einmal richtig laut zu werden, weil sie, wie ich schon einmal am Anfang gesagt hatte, benachteiligt wurden. Machen Sie Schluss damit! Nehmen Sie diesen Forderungsteil von uns ernsthaft auf, und sagen Sie: Alle zusammen, alle Krankenträger, die Landesplanungsbehörde, die bei Ihnen ist, Frau Bernhard, alle an einen Tisch und dann eine Strategie entwickeln, und wenn Sie dann die eine oder andere Maßnahme treffen müssen, die vielleicht irgendwo vor Ort für einen Stadtteil unangenehm ist, die irgendwo einmal eine Verschiebung einer Disziplin bedeutet oder einen Abbau von Doppelstrukturen, dann haben Sie uns als CDU an Ihrer Seite! Wir wollen – und das ist die oberste Prämisse! – die bestmögliche medizinisch-pflegerische Patientenversorgung, und zwar in ganz Bremen, nicht nur bei der GeNo, sondern auch bei den freigemeinnützigen Kliniken. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Abbau von Doppelstrukturen ist so ein Begriff, den man einmal so eben einwerfen kann. Was heißt denn das? Brauchen wir jetzt nur noch eine Notfallaufnahme, oder was?

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein!)

Also, was heißt eigentlich Doppelstruktur? Das heißt, wenn man diesen Begriff oder diese Forderung mit Inhalt füllen will, dann muss man die Doppelstrukturen ausmachen, man muss prüfen, sind

sie notwendig oder nicht, und dann kann man im nächsten Schritt sagen, möglicherweise kann man hier oder da etwas tun. Ich kann das zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht. Wenn die CDU das kann, bin ich ja auf eine Vorlage im Controllingausschuss gespannt, wo das genau benannt wird.

Die GeNo wird mit anderen Krankenhäusern verglichen. Ich habe gelernt, dass das Angebot der verschiedenen Krankenhäuser durchaus unterschiedlich ist und die GeNo in einer Situation ist, dass sie praktisch als letzte Instanz jeden Kranken, jede Kranke und Notfälle nehmen muss, natürlich im Interesse der Menschen, die davon betroffen sind, und wir müssen einmal schauen, ob die Bedingungen für Krankenhäuser wirklich gleich sind, denn erst dann kann man sagen, was man möglicherweise von freigemeinnützigen Krankenhäusern übernehmen kann und was man gar nicht übernehmen kann, weil man möglicherweise eine breitere Facette hat.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen uns darüber unterhalten, das Ziel ist tatsächlich, wir haben das Ziel, eine wohnortnahe und stationäre Gesundheitsversorgung zu sichern.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Was heißt das?)

Das heißt, dass sowohl Patientinnen und Patienten als auch deren Angehörige bei Besuchen eben nicht so weit fahren müssen, das heißt, dass wir möglicherweise alle vier Standorte erhalten müssen und an allen vier Standorten bestimmte Dinge vorhalten müssen. Das heißt es! Ich gebe Ihnen aber recht, im Konkreten ist diese Frage noch nicht endgültig beantwortet. Auch das ist eine Herausforderung, wie man eine Balance zwischen fachspezifischer Konzentrierung und wohnortnaher Versorgung finden kann.

Ich möchte das Augenmerk auf die Ausbildungszahlen richten, nur einmal, um dem Problem, das wir haben, noch etwas hinzuzufügen: Im letzten Jahr hat die ehemalige Gesundheitssenatorin eine Studie in Auftrag gegeben, dass im Jahr 2035 jede vierte Fachkraft im Gesundheitswesen fehlt und wir vor zwei Jahren die Ausbildungskapazitäten hätten verdoppeln müssen, um den entgegenzuwirken. Das haben wir so nicht, und auch da müssen wir hinsehen, ob wir nicht wiederum strukturelle Probleme, Fachkräftemangel und so etwas programmieren, wenn wir dieses Thema außer Acht lassen.

Letztendlich gibt es eine wichtige Debatte, an der wir uns beteiligen müssen, nämlich die über die Personalbemessungsgrenze. Ich bin relativ überzeugt davon, dass man sehr genau feststellen kann, wie viele Pflegekräfte, Ärztinnen, Ärzte und was auch immer man auf einer bestimmten fachspezifischen Station braucht. Menschen mit Erfahrung können das sagen. Dann können wir das mit dem Istzustand vergleichen, und ich finde es vollkommen richtig, dort Arbeitsbedingungen zu etablieren, die der schweren Arbeit Rechnung tragen, die die Menschen leisten, und möglicherweise auch die Gehälter so zu etablieren, dass diese Arbeit entsprechend wertgeschätzt wird. Das ist eine Frage, die wir mit den Krankenkassen und auch mit der Bundesregierung ausfechten müssen. Ich bin mir nicht sicher, ob das, was der Kollege Spahn jetzt auf den Weg gebracht hat, dazu ausreicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir haben hier mit großer Ernsthaftigkeit gesagt, dass die Aufgaben sehr sorgfältig und tief und auch mit offenen Augen angegangen werden müssen, und zwar ohne dass man von vornherein in eine bestimmte Richtung geht. Mir ist es aber wichtig, noch einmal einen Punkt zu nennen, den Klaus-Rainer Rupp gerade auch noch einmal erwähnt hat: Wenn wir die Probleme der Krankenhauslandschaft und der GeNo hier in Bremen lösen wollen, wenn wir hier ein vernünftiges, hoch qualifiziertes und letztendlich auch funktionsfähiges Krankenhaussystem schaffen wollen, dann können wir das nur mit den Beschäftigten schaffen. Nur wenn die Arbeitsbedingungen hier in unseren Krankenhäusern so sind, dass wir hier hoch qualifizierte Ärzte und genügend Beschäftigte im Pflegebereich haben, nur dann werden wir die Aufgaben auch meistern, vor denen wir stehen. Es ist mir wichtig, das noch einmal zu sagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bei der Diskussion stehen wir hier jetzt immer natürlich vor einem gewissen Problem. Wir alle wissen, wie riesengroß dieses Problem ist, und trotzdem versuchen wir hier, an manchen Stellen doch schon irgendwelche Lösungen zu benennen. Wenn wir ehrlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir das von hier vorn, vom Mikrofon aus,

nicht einmal eben so auskegeln können. Die Dinge, die gemacht werden müssen, verlangen ein tieferes Bohren, und aus meiner Sicht – gerade auch als Mitglied des Controllingausschusses – muss ich einfach sagen, wir brauchen auch eine tiefere Durchleuchtung bestimmter Strukturen. Deshalb habe ich das, Herr Rupp, auch angesprochen.

Wenn von Doppelstrukturen gesprochen wird, dann mache ich mir das nicht einfach zu eigen, aber ich sage natürlich schon, wir müssen sehen, dass wir in der Tat nicht ungewollt etwas haben, wo wir etwas an dieser Stelle und an jener Stelle vorhalten, obwohl es so nicht sein muss, und wo wir möglicherweise in ein Problem geraten, dass nämlich eine Mindestzahl von Fällen gefordert wird, damit dieses Angebot überhaupt gemacht werden kann. Wenn wir eine Aufteilung haben und in die Gefahr geraten, dass noch nicht einmal die Mindestfallzahlen erreicht werden – und das droht in der Praxis –, dann müssen wir dort entgegenwirken, denn sonst haben wir Entwicklungen, die wir so nicht haben wollen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Ein Punkt, der aber auch dazugehört, Herr Dr. Buhlert: All denjenigen, die auch im Controllingausschuss sind und sich dann wirklich einmal genau fragen, wo eigentlich wirklich diese Verluste anfallen, und zwar scharf bezogen auf die Ebene einzelner Kliniken, auf das Zusammenwirken, muss ich sagen: Ich bin nicht zufrieden mit dem Zahlenwerk. Ich kann auf der Basis dieses Zahlenwerks nicht genügend sehen, um dann aus der Perspektive eines Controllingpolitikers auch zu sagen, daran müssen wir! Ich glaube, da müssen wir, auch gerade mit der Geschäftsführung, noch tiefer hineingehen und sagen, dies und jenes muss geliefert werden, oder Sie müssen uns einmal erklären, welches Informationssystem Sie in diesem System haben.

Dann noch ein zweiter Punkt, die Frage der Spezialisierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich die Entwicklung im Krankenhausbereich anschaut, dann sieht man zum einen der anhaltende Konzentrationsprozess, der politisch gewollt ist und über das Krankenhausfinanzierungssystem exekutiert und auch durch die Mindestfallzahlen vorangetrieben wird. Wir haben aber gleichzeitig auch die Entwicklung, dass tatsächlich in diesem Bereich die technologische Entwicklung voranschreitet. Der Aufwand, wirklich hoch qualifizierte Spitzenqualität zu liefern, wird steigen, und in diesem Auswahlprozess werden wir uns auch für die

Gemeinde entscheiden müssen, für das Land Bremen, und wie wir es schaffen, auf möglichst vielen Gebieten auch ein Höchstmaß an Qualität bieten zu können. Das wird nicht gehen, ohne dass wir uns auch mit der Frage der Spezialisierung auseinandersetzen. Ich denke auch, dass gerade dies für den Standort Bremen in der Metropolregion eine große Chance ist, wenn wir hier auf einem sehr hohen Qualitätsniveau tatsächlich auch diejenigen sind, die für einen großen Umkreis die Versorgung und die hoch qualifizierte Versorgung stellen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Bensch [CDU]: Da war doch alles angekündigt!)

Deshalb denke ich, in dieser Sache müssen wir vorgehen. Ja, Herr Bensch, es ist angekündigt, aber sagen wir einmal, wenn es ein leichtes Kegeln wäre: Wir stellen doch fest, und deshalb habe ich anders als Sie darauf hingewiesen, es sind nicht nur wir, die diese Probleme haben. Es sind offensichtlich objektiv schwierige Probleme, und wir haben sie bislang nicht lösen können. Deshalb ist dieser Punkt, dass wir auch reflektieren, warum wir bislang die Lösung nicht schon gefunden haben, die wir brauchen.

Ich denke, wir haben heute die Ernsthaftigkeit in dieser Sache noch einmal unterstrichen, denn eines ist klar: Wir haben nicht mehr viel Zeit. Wir müssen jetzt die Probleme in dieser Legislaturperiode lösen, sonst haben wir, wenn wir das nicht schaffen, in der gesamten Krankenhauslandschaft in Bremen – und sie stehen nicht nur nebeneinander, sie sind nicht nur Konkurrenten, sondern sie gehören auch zusammen – alle ein Problem, und das können wir nicht wollen. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal einen Eindruck deutlich machen: Wir alle, aus welcher Fraktion auch immer wir kommen, stellen viele Vermutungen darüber an, woran es liegen könnte, dass die Häuser der GeNo in eine Schiefelage geraten sind. Wir haben alle Vermutungen aus unserer Expertise, woran es liegen könnte, einige haben wir schon von der Geschäftsführung der GeNo gehört. Wir sind aber nicht die Geschäftsführung der Häuser der GeNo, das möchte ich auch noch einmal deutlich machen, wir bieten

den politischen Rahmen an, um eine Klinik oder einen Klinikverbund so dastehen zu lassen, dass er wirtschaftlich arbeiten kann. Dies ist nicht passiert, und ich möchte noch einmal deutlich machen, meine Forderung ist, dass die Geschäftsführung der GeNo uns klar darstellt, worauf aus ihrer Perspektive diese Schieflage zurückzuführen ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte davon absehen, dass wir uns gegenseitig Vermutungen zuwerfen, woran es liegen könnte, damit werden wir auch in den nächsten vier Jahren keine Lösung herbeirufen. Wir werden die Lösung herbeirufen, wenn wir zusammen mit dieser Geschäftsführung ermitteln, woran die Fehler liegen, wodurch dieses Defizit entstanden ist, und dann auch gemeinsam Forderungen stellen, was passieren muss. Dann geht es weiter, und nicht damit, uns hier mit Vermutungen zu belangen, sondern indem man schaut, was wird bis wann umgesetzt, und das kurzfristig. Dabei werden wir uns ganz klar mit diesem Defizit von 18 Millionen Euro auseinandersetzen müssen, ich glaube, das steht fest. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Das Wort hat der Abgeordnete Bensch für eine Kurzintervention.

Abgeordneter Bensch (CDU): Ich hätte gern die Abgeordnete gefragt, ob sie denn auch den Sonderbericht des Rechnungshofs zum Defizit der GeNo aus dem Jahr 2014 als Vermutung beurteilt. Das bleibt jetzt dahingestellt.

Ich kann nur sagen, es gibt sehr viele Fakten, die dafür sprechen, dass vieles misslungen ist, das sind keine Vermutungen, es gab viele externe Beratungen, auch millionenschwer bezahlt durch die GeNo. Auch möchte ich gern im Oktober wissen, Frau Bernhard, welches Geld dort ausgegeben wurde, ohne dass es nachhaltige Veränderungen gab. Ich weise diesen Vorwurf zurück, dass es hier Vermutungen sind, es sind alles Fakten. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem, und dieses muss glaubwürdig und zielorientiert angegangen werden, meine Damen und Herren! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Bernhard.

Senatorin Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte mir für meine erste Debatte in meiner neuen Funktion vielleicht doch ein etwas leichteres Thema gewünscht.

(Abgeordneter Eckhoff [CDU]: Das glaube ich Ihnen sofort!)

In die Glückwünsche zu dieser Position mischte sich immer der zweite Satz, oh, mit dir möchte ich aber nicht tauschen. Das möchte ich noch einmal kurz vorwegschicken, weil es mir wichtig ist. Es ist allerdings – und das finde ich in dem Zusammenhang völlig elementar – eine Herausforderung, der wir uns aber auch gemeinsam stellen müssen.

Ich habe aus dieser Debatte sehr viel mitgenommen, von dem ich sagen würde, da stimme ich überein, und ich habe eigentlich sehr viele Gemeinsamkeiten herausgehört. Ich bin in keiner Weise zufrieden mit unserer aktuellen Situation – wie könnte ich das auch sein? –, aber ich habe jetzt in der fünften Woche in meinem Amt immer noch die Herausforderung vor mir, dass ich in der Recherche bin. Ich bin unterwegs, um herauszufinden, wie sich all diese Puzzlesteine eigentlich zusammensetzen, und es ist eine Vision, die ich habe, bei der ich genau weiß, dass wir in der Lage sein müssen – und ich sage müssen! –, mit der GeNo, aber auch mit den freien Kliniken zusammen unsere Krankenhauslandschaft hier in Bremen so aufzustellen, dass es für alle eine gute Perspektive gibt und gleichzeitig die Versorgung unserer bremschen Bevölkerung gewährleistet ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Diese Vision halte ich für richtig.

Gut, wir besitzen eine kommunale Krankenhausesellschaft, die Thematik, die Auseinandersetzung und die Probleme begleiten uns schon sehr lange, sie sind auch für mich nicht neu, aber wir sagen, ohne diese kommunalen Krankenhäuser lässt sich eine zuverlässige, stabile Grundversorgung der Bevölkerung auf hohem medizinischen Niveau nicht absichern. Das sehen die meisten anderen Städte übrigens auch so, das hat auch der Deutsche Städtetag vor zwei Jahren festgestellt, indem er gesagt hat, dass sie eben das Rückgrat sind, diese Bürgerkrankenhäuser, um die stationäre Krankenversorgung in Deutschland in irgendeiner Weise überhaupt aufrechtzuerhalten.

Die Tatsache, dass wir einen kommunalen Klinikverbund besitzen, beschäftigt uns natürlich, und

ich muss sagen, die Situation ist schwierig. Das Gesundheitssystem und auch namentlich die Krankenhäuser sind übrigens auch schon wieder einmal in einer Umbruchphase. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen, die Tendenzen der medizinischen Entwicklung, das Agieren der verschiedenen Kostenträger, all das verändert sich ständig. Wir sind absolut nicht so aufgestellt, dass wir orientierungslos dahintreiben, aber ich würde lügen, wenn ich sagen würde, wir hätten hundertprozentig alles im Griff. Das ist nicht die Situation. Deswegen müssen wir nachjustieren, wir müssen analysieren, wir müssen unsere früheren Einschätzungen auch zum Teil über Bord werfen.

Die GeNo wird 2019 ein deutlich schlechteres Betriebsergebnis erhalten, als es geplant war. Dabei handelt es sich überwiegend nicht um Einmaleffekte. Die Prognose auch für die nächsten Jahre sieht deutlich schlechter aus, als wir angenommen hatten. Das ist schmerzlich und für diese Stadtgemeinde eine durchaus nicht unwesentliche Belastung. Es gibt verschiedene Faktoren, die dazu geführt haben, aber dazu gehören zum einen Faktoren, die wir nicht kontrollieren, und es gehören allerdings zum anderen auch Faktoren dazu, die wir kontrollieren. Wir müssen mit Recht fragen, warum es in den Zusammenhängen nicht besser läuft. Wie bekommen wir das eigentlich auseinanderdividiert? Wenn es eine Tarifierhöhung von soundso viel Prozent gibt, dann kann ich das nachvollziehen, dann kann ich das ausrechnen, und es ist klar. Wenn wir aber zum Beispiel so etwas haben wie explosionsartig angestiegene Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, den MDK, und wir haben quasi eine Fehlerquote von 25 bis 27 Prozent, die zu Abschlägen führt, dann frage ich mich: Woran liegt das? Dann will ich im Einzelnen wissen, was die Gründe sind und ob wir sie abstellen können oder nicht.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Die Situationen sind vielfältig. Darunter sind natürlich auch Fälle, in denen die Klinik für einen Patienten die Akutaufnahme oder Erstbehandlung durchführt und danach theoretisch eine weitere Behandlung ambulant erfolgen könnte, aber die Möglichkeit einer ambulanten Behandlung ist nicht gegeben. Das heißt, man kann den Patienten nicht einfach entlassen, es gibt etwa keinen Tagespflegesatz oder kein alternatives Angebot, kein passendes teilstationäres Angebot, und dann sagt natürlich der MDK, dass man es theoretisch aber so hätte machen können, deswegen werde diese Lösung letztendlich nicht bezahlt. Das ist ein Beispiel.

Es gibt aber auch Fälle, in denen die Abrechnung daran scheitert, dass Diagnosen nicht richtig dokumentiert wurden, interessanterweise natürlich in den Momenten, in denen auch gerade am Limit gearbeitet wird. Auch das sind Zusammenhänge, die wir uns ansehen müssen.

Ein anderes Thema sind die Fallzahlen. Die Fallzahlen gehen seit 2016 bundesweit zurück, bei der GeNo übrigens noch stärker. Ein Faktor ist, dass mehr Behandlungen ambulant durchgeführt werden, aber machen wir uns nichts vor: Wir haben hier in Bremen noch kein ambulantes System, das genau das auffangen könnte, was die GeNo letztendlich nicht mehr umsetzen soll. Das heißt, auch in der Hinsicht müssen wir natürlich so ausstatten, dass das möglich ist.

Es gibt aber auch den Faktor, dass Betten schließen müssen oder Operationen nicht durchgeführt werden, weil das Personal fehlt. Auch das ist ein Zusammenhang. Der Personalmangel wurde angesprochen. Es ist gut und richtig, und dahinter stehen wir auch, das haben wir auch in der Sondersitzung gesagt: Wir brauchen die klare Offenlegung der Zusammenhänge. Wir müssen die Situation genau verstehen, und wir brauchen realistische Zielvorgaben. Auch wenn die Zielvorgaben jetzt realistisch gewesen wären, würden wir heute vor einem Defizit stehen. Das Problem ist trotzdem vorhanden.

Ich meine, wir müssen darüber nachdenken, was es denn heißt, an welchen Standorten die Kliniken wie aufgestellt sind. Ein kommunaler Klinikverbund kann nicht einfach sagen, wir lassen das mit der Geburtshilfe an der Stelle, denn es rechnet sich nicht. Das ist falsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir werden solche Entscheidungen fällen, was für eine optimale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung richtig ist, und wir können diese Entscheidungen so fällen, weil es unser Klinikverbund ist und kein privater Klinikverbund. Die GeNo arbeitet im Rahmen des Handlungsstrangs 1 seit dem letzten Jahr daran, das zu verbessern, und man ist aufseiten der GeNo durchaus bestrebt, entsprechende Lösungen zu finden. In dem Zusammenhang geht es um die Abrechnung, um die Springerpools, um die Personalgewinnung. Bislang sind die Maßnahmen von bescheidenen Erfolgen geprägt, das muss man ganz klar einräumen. Es sind zu verschiedenen Themen Arbeitsgruppen gegründet worden. Auch hier ist, finde ich, eine Umsteuerung

notwendig. Man kann aber auch nicht alles top-down entwickeln.

Im Handlungsstrang 2 geht es dann darum, wie sich eigentlich die medizinischen Angebote auf die vier Standorte verteilen. Das ist ein Punkt, an dem es auch für die Stadtteile sehr interessant wird. Da müssen diese Diskussionen aber auch transparent geführt werden und nicht nach dem Motto „Wir haben jetzt hier etwas umstrukturiert, ihr müsst damit leben!“. Nein, wir brauchen Beteiligung auf der Ebene, und wir müssen uns in diese Auseinandersetzung begeben. Ob das Ergebnis dann allen gefällt, weiß ich nicht, aber es geht nicht so, dass das von oben einfach entschieden wird, sondern so, dass genau nach den Gegebenheiten vor Ort auch durchdekliniert wird.

(Beifall DIE LINKE)

Es geht nicht darum – das sage ich auch ganz klar! –, das medizinische Angebot insgesamt zu reduzieren. Es geht darum, wie wir beispielsweise die Frühchenversorgung am besten organisieren. Es geht darum, dass die Notaufnahmeverorgung am KBM auch bestimmte Intensivleistungen vorhalten muss und so weiter, und bei all dem gibt es sehr viele Aspekte zu beachten. Es gibt die Interessen der Stadtteile, es gibt die betriebswirtschaftlichen Erwartungen, und wir werden danach entscheiden müssen, was medizinisch richtig ist. Es wird Konflikte geben. Es gibt auch Interessen und Ziele, die aufeinandertreffen werden, aber ich glaube, das können wir nur schaffen, wenn wir uns dort hineinbegeben.

Ich kann sehr gut verstehen, dass in der Öffentlichkeit die Frage im Raum steht, wie es eigentlich kommt, dass wir im letzten Jahr diesen dreistelligen Millionenbetrag bekommen haben und es jetzt immer noch nicht läuft. Gut, wir können erklären, woraus sich die Summen zusammensetzen. Es war nicht so, dass einfach gesagt wurde, hier habt ihr jetzt einen Haufen Geld, und nun seht zu, dass ihr die nächsten fünf Jahre zurechtkommt! Darin waren nicht unerhebliche Summen für den TEN, für die Investitionen, für die Kreditaufnahme und so weiter. Für die Liquidität waren es unter dem Strich dann 63 Millionen Euro. Ich möchte die Situation damit nicht schönreden. Das ist auf keinen Fall meine Absicht, aber man muss auch durchdeklinieren, was das heißt.

Die GeNo wird auch in Zukunft finanziellen Unterstützungsbedarf haben. Damit müssen sich Senat

und Bürgerschaft auseinandersetzen. Private Krankenhauskonzerne brauchen das nicht in der Weise. Sie können Forderungen abschreiben, sie können ihrem Personal in ganz anderer Weise Sonderopfer abverlangen, wir haben verschiedene Beispiele dafür. Für eine Kommune ist das kein gangbarer Weg. In dem Zusammenhang möchte ich noch einmal sagen, es gibt den Faktor Mensch, und es gibt auf sehr vielen Ebenen durchaus Möglichkeiten, effizienter zu sein, vernetzter zu arbeiten, sich nicht in Konkurrenzen zu verbeißen, sich praktisch auch von unten nach oben auseinanderzusetzen und nicht nur umgekehrt. Ich meine das auch, wie ich anfangs mit dem, wie die freien Gemeinnützigen aufgestellt sind, gesagt habe, ich möchte, dass wir das zusammen denken, und in dem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal betonen, dass wir diese Diskussion nicht ohne dieses deutliche Signal beschließen, gerade weil die Berichterstattung wieder so etwas reißerisch darauf hinausgelaufen ist, ah, die GeNo ist wieder insolvent, da ist im Grunde genommen wieder das Damoklesschwert!

Ich möchte Ihnen sagen, ohne die Beschäftigten der kommunalen Kliniken in all ihren Funktionen können wir die Zukunft der stationären Gesundheitsversorgung nicht absichern. Bei allen notwendigen Diskussionen darüber müssen wir uns bei bestimmten Problemen und Tendenzen immer wieder darüber im Klaren sein: Niemand arbeitet bei einem kommunalen Arbeitgeber, weil es für sie oder ihn ein tolles Geschäftsmodell ist, sondern weil ihr oder ihm die Arbeit wichtig ist, und diese besondere Motivation – und die möchte ich auch in dem Zusammenhang auf alle Krankenhäuser ausdehnen! – müssen wir wertschätzen, auf sie müssen wir bauen, sie müssen wir einbeziehen, und wir müssen sie im Grunde genommen auch nutzen.

Ich glaube, dass wir quasi in einer konzertierten Aktion gemeinsam – und ich habe das hier aus der Debatte durchaus herausgehört – in Zukunft einiges hinbekommen. Ich bin da sehr optimistisch, und ich möchte nicht sagen, ich bin noch sehr optimistisch. Ich schaue in dem Zusammenhang durchaus mit sehr vielen Chancen hier für Bremen nach vorn. – Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich

bin froh zu hören, dass die Senatorin bereit ist, über die Frage zu diskutieren, was wo von wem angeboten wird und dass es eben nur in einem kooperierenden Spiel mit Mitarbeitenden, mit den Freigemeinnützigen sein soll. Da brauchen wir in der Tat eine Zusammenarbeit, um bestmögliche Lösungen zu finden. Ich bin auch sehr dabei, dass wir vieles analysieren müssen, aber wenn die GeNo erst das Controlling aufbaut und gerade anfängt, eine Deckungsbeitragsrechnung aufzubauen, dann frage ich mich, wie ich sehen will, wo das Defizit anfällt, wenn ich nicht einmal eine Deckungsbeitragsrechnung habe. Es wird dann schwierig, das sage ich nur dazu, und dann bleibt man bei mancher These, die man erhärten und falsifizieren muss.

Wir kommen aber nicht daran vorbei, wir müssen die Lösung finden, und dafür müssen wir am Ende auch hingehen und diskutieren, was wo angeboten wird, was wir wo 24/7 anbieten und was wir vielleicht nicht 24/7 anbieten. Schon heute ist es so, dass nicht jede Notaufnahme jeden Fall aufnehmen kann, sondern dass es sich vielleicht mehr dahin entwickelt, dass die Notaufnahmen dafür in der Lage sind, alle Menschen aufzunehmen, die selbst dorthin kommen, und die Spezialfälle durch die Rettungsdienste entsprechend auf die Krankenhäuser verteilt werden, die sich darauf spezialisiert haben und das jeweils können.

Die Mindestfallzahlen sind angesprochen worden, das hat mich noch einmal dazu bewogen, mich zu melden. Wenn wir diese in manchen Bereichen nicht erbringen, wird die Leistung nicht in Bremen erbracht, sondern vielleicht in Hannover oder Hamburg. Dann ist es nichts mehr mit kurzen Wegen! Also, auch da müssen wir uns überlegen, es ist nett zu erzählen, dass wir alles möglichst an vier, fünf, sechs, sieben Krankenhäusern in Bremen haben sollen, aber es geht nicht! Wir brauchen auch um der Qualität willen gewisse Mindestmengen in manchen Bereichen, sodass die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger eben damit routiniert umgehen können, sonst haben wir diese Leistungen eben nicht mehr in Bremen. Insofern werden sich viele Fragen für uns stellen, die wir diskutieren müssen.

Ich habe gespannt zugehört, wie über den Personalmix geredet worden ist und wie dann am Ende der Einsatz erfolgt. In freigemeinnützigen Kliniken sehe ich es so, dass es sehr differenziert ist, sehr detailliert, und auch da wiederum nur eine Vertretung innerhalb dieser Berufsgruppen stattfindet, was sich bei diesen bewährt hat. Da ist dann also auch eine Kooperation im Sinne von Austausch und

gegenseitigem Lernen angesagt und nicht nur ein Austausch darüber, wer was macht, denn wir haben ja auch da von der Geschäftsleitung der GeNo gehört, wo sie ihre Defizite sieht und sie sagt, da müssten wir noch nachlegen und wären da gern bereit, auch noch mehr zu tun. Das sind Fragen, die wir diskutieren müssen.

Am Ende bleibt es aber dabei, wir brauchen eine höhere Beweglichkeit, denn das ist etwas, was die GeNo lernen muss, und dadurch, dass sie jetzt ein Gesamtkonzern mit vier Kliniken geworden ist, ist das nicht leichter gemacht worden. Wir sind ja in einer Hafenstadt, da kann ich sagen, ein Tanker will gesteuert werden, und das ist schwierig, sehr schwierig. Da muss man eben überlegen, welche Schlepper man braucht, um ihn zu manövrieren, und da muss man überlegen, wie man das hinbekommt.

Wir haben aber nicht die Zeit abzuwarten, bis die Legislaturperiode zu Ende ist, um das in der Legislaturperiode zu lösen. Freigemeinnützige Kliniken können sich diese Zeit nicht nehmen. Die GeNo nimmt sie sich immer wieder, weil Bremen, ich sage das symbolisch, der GeNo die Hand vor den Hintern hält. Daran hat sich die GeNo zu sehr gewöhnt, und es muss jedem klar sein, dass das ein Ende haben wird und haben muss, weil Bremen es sich nicht leisten kann, das dauerhaft zu tun, egal was auf Bundesebene oder sonst darum herum passiert.

Die GeNo muss so flexibel werden, dass sie auf diese Entwicklungen reagieren kann, und diese Flexibilität müssen wir einfordern, denn sonst ist sie nicht zukunftsfähig, und es ist doch schön, wenn die GeNo und die anderen Kliniken in Bremen erhalten bleiben und am Ende die Leistungen als Oberzentrum übernehmen. Dann klagen wir nicht mehr darüber, dass Nordenham oder irgendjemand anders seine Geburtshilfe aufgibt, sondern freuen uns, dass hier diese Leistung gut und qualitativ hochwertig erbracht wird, weil wir mit Bremen und Bremerhaven die Oberzentren stellen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/21 S](#) abstimmen.

Hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, federführend, und an den Controllingausschuss beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/42 S](#) abstimmen.

Auch hier ist die Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, federführend, und an den Controllingausschuss beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Handy-Parken im öffentlichen Raum – nutzerfreundliches und zeitgemäßes Parken in Bremen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. September 2019
(Drucksache [20/23 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag sprechen wir über das Thema Parken in der Stadt, Parken in den Stadtteilen und Parken in den Randgebieten, das heißt, über etwas, was in dieser Stadt jeden Tag wahrscheinlich Zehntausende Male passiert.

Menschen suchen Parkplätze, stellen ihr Auto ab, nehmen Termine wahr und fahren wieder weg, so zumindest in der Theorie. Häufig ist aber die Suche nach freien Parkplätzen relativ zeitaufwendig und mit viel Herumfahreerei verbunden, etwas, was ehrlicherweise weder den Menschen noch der Umwelt guttut. Außerdem lässt sich im Vorhinein oft nicht absehen, wie lange ein Termin dauert. Das führt dann dazu, dass Menschen ihren Termin oder ihren Einkauf unterbrechen müssen, wieder zum Parkplatz zurücklaufen müssen, Geld nachwerfen müssen, also etwas, was die meisten hier im Raum schon einmal erlebt haben und relativ lästig ist.

Diese beiden Probleme lassen sich allerdings lösen, und zwar mit Handy-Parken. Das ist ein Angebot, das in vielen anderen Städten bereits erfolgreich genutzt wird. Hierbei meldet der Nutzer sein Fahrzeug meistens per SMS bei der Parkplatzgesellschaft an und am Ende des Parkvorgangs wieder ab. Der Nutzer muss sich nicht bereits zu Beginn der Parkzeit auf eine gewisse Parkzeit festlegen, und es wird minutengenau abgerechnet. Die Bezahlung erfolgt dann meistens per direkter Abbuchung. Mittlerweile gibt es auch Systeme, die zusätzlich, zum Beispiel durch App-Unterstützung, eine Live-Übersicht über die Auslastung verschiedener Parkplätze bieten, und sie lenken dann die Nutzer, die Fahrer, gezielt auf diese freien Parkplätze. Das vermeidet die Suche nach freien Parkplätzen und damit unnötiges Herumfahren, und es schont auch die Lebenszeit dieser Menschen und die Umwelt.

Wir sprechen hier über Anbindung und Vernetzung im gesamten Stadtgebiet, das heißt, wir sprechen über die Innenstadt, aber natürlich auch über die Quartiere, die Stadtteile bis hin zum Stadtrand. Es gibt bereits Städte, die das Ganze nutzen, große Städte wie Berlin oder Hamburg – ich bin selbst öfter in Hamburg und nutze da auch Carsharing, das ist eine sehr bequeme Lösung –, aber auch kleine Städte wie Bayreuth oder Osnabrück nutzen dieses

System bereits. Ebenso wurde dieses System auch vor knapp zwanzig Jahren in Österreich eingeführt und sogar in Kroatien, das bedeutet genug Zeit, um zu beobachten, wie dieses System dort genutzt wird, um auch von den Erfahrungen dort zu profitieren. Die Erfahrungen sind durchweg positiv, die Städte wollen darauf nicht mehr verzichten, und deswegen ist mein Vorschlag: Lassen Sie uns dafür sorgen, dass auch wir davon profitieren, dass auch die Bremerinnen und Bremer davon profitieren, und lassen Sie uns dafür sorgen, dass es auch in absehbarer Zeit die Möglichkeit des Handy-Parkens in Bremen gibt! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Idee des Handy-Parkens hört sich zunächst einmal gut an, bargeldloses Bezahlen per Handy ohne lästiges Suchen nach passendem Kleingeld für Parkscheinautomaten.

Auf der anderen Seite müssen wir allerdings feststellen, einen rechten Bedarf scheint es für das Handy-Parken in Bremen nicht zu geben. In den Parkhäusern der BREPARK besteht seit September 2011 die Möglichkeit des Handy-Parkens. Nach Auskunft der BREPARK ist in ihren Parkhäusern allerdings nur eine gleichbleibend geringe Nachfrage zu verzeichnen. Dem stehen Mehrkosten gegenüber, die zulasten der BREPARK gehen. Die Forderung, das Handy-Parken nunmehr auch auf den öffentlichen Parkraum auszudehnen, klingt zwar scheinbar zeitgemäß, zumindest die bisherigen Nutzungszahlen der BREPARK in den Parkhäusern rechtfertigen die hohen Investitionen dafür aber nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es mag tatsächlich für manche bequemer sein, und es mag den Anschein von Modernität vermitteln, letztlich aber müssen wir aufgrund der knappen Haushaltsmittel entscheiden, wie wir sie wirklich sinnvoll einsetzen. Statt das Parken vorgeblich zeitgemäßer zu gestalten, fallen mir wirklich sehr viel mehr Dinge ein, um dieses Geld sinnvoller tatsächlich zeitgemäß zu investieren.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Dafür müssen dann andere bezahlen!)

Meine Damen und Herren, wir haben hier am vergangenen Freitag erlebt, wie mehr als 30 000 Menschen für eine ambitionierte Klimapolitik demonstriert haben. Es gibt nicht den einen Schalter, um das Problem zu lösen, aber das Ziel erreichen wir sicher nicht durch Investitionen für bequemeres Parken im öffentlichen Raum.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können diesem Ziel aber näherkommen, indem wir insgesamt in den Mobilitätswandel und insbesondere in den Personennahverkehr investieren.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Fest steht für mich, auch wenn Handy-Parken modern klingen mag, zeitgemäß ist es nicht. Wir wollen Anreize schaffen, damit Parken und die dazugehörige Parkplatzsuche künftig möglichst unnötig werden. In dieses Ziel müssen wir investieren, nicht in neue Parkuhren, die vielleicht für einige wenige komfortabler sind. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch unter lichterem Reigen freue ich mich als neuer Abgeordneter, einmal wieder hier zu sein und etwas dazu zu sagen. Als ich den Antrag das erste Mal gesehen habe – ich muss dazu noch präziser sagen, das allererste Mal, ich war gerade wegen der FDP online –, habe ich erst einmal einen Schock bekommen. Warum habe ich einen Schock bekommen? Da stand auf dem Antrag „Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE“! Gut, es kann immer einmal ein Fehler passieren, aber ich dachte, was ist denn mit uns los, dass wir so einen Antrag stellen?

Nachdem ich mich dann wieder erholt und ihn gelesen habe, komme ich zu dem Schluss, dass ich auch nur ein Stück weit meiner Vorrednerin gerecht werden kann: Das scheinbar moderne Denken in der heutigen Zeit geht nicht in die Richtung, modernere Mechanismen des Parkens zu finden, sondern es geht eher in die Richtung, darüber nachzudenken, dass man nicht das Blech einparkt, sondern das Blech reduziert.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das sind die modernen Gesichtspunkte, und ich denke einmal, wenn unsere Kinder und Enkelkinder hier irgendwann einmal in einer langen Zeit stehen werden, dann werden sie über ganz andere Themen reden, und dann ist das Auto also nicht unbedingt das, was hip ist, davon kann man heute schon ausgehen.

Insgesamt, trotz alledem, wenn man über Parken redet, muss man sich über ein Parkraumkonzept unterhalten und in Gänze einmal betrachten, was aus heutiger Sicht wichtig ist und was aus heutiger Sicht nicht wichtig ist. Also, insofern hebt ein Einzelthema, sich damit zu beschäftigen, meiner Meinung nach nicht gerade das Ansehen. Aus diesem Grund habe ich mich dann wieder beruhigt.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Das freut uns!)

Wir werden den Antrag auch ablehnen und sind der Meinung, wir sollten uns Themen zuwenden, die uns wichtiger sind. Wir sollten unsere wenigen Cents und Euro, die wir haben, für Dinge ausgeben, die wichtiger sind. Auch bei der heutigen Diskussion habe ich gemerkt, dass wir mit unserem Geld noch ganz eng arbeiten müssen, um hier wichtige Dinge für die Menschen dieser Stadt umzusetzen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich kann man grundsätzlich fragen, ob es jetzt sinnvoll ist, zu Einzelpunkten immer solche Anträge zu stellen. Ich glaube, es wäre schon wichtig, dass wir, wenn wir schon über neue Technologien reden, das ein bisschen komplexer sehen. Mir geht es eigentlich – das ist eine Forderung der CDU – um eine Mobilitäts-App, mit der alle Verkehrsträger im Grunde genommen darauf hingewiesen werden, wie man das organisiert.

Was ich wieder einmal interessant fand, auch bei meinen beiden Vorrednerinnen aus der Koalition, war aber, wie ideologisch die Debatte hier geführt wird. Herr Schumann, seien Sie mir nicht böse, aber noch entscheiden die Fraktionen selbst, was sie für sinnvoll halten und was nicht,

(Beifall CDU, FDP)

das macht noch nicht DIE LINKE! Es gab einmal Zeiten, in denen das so war, ich weiß, es gab einmal Zeiten, in denen das so war, aber das ist jetzt seit etwa dreißig Jahren vorbei, das kann jetzt parlamentarisch entschieden werden. Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, es ist wichtig, dass wir den technologischen Fortschritt hier voranbringen, und deswegen ist es auch egal, Sie sagen, Sie wollen das Auto abschaffen. Selbst das bekommen Sie ja noch nicht einmal geregelt! Ich meine, Sie reden, seitdem wir als CDU die autofreie Innenstadt 2012 thematisch angeschoben haben, schon seit Jahren – jetzt nicht Sie persönlich, sondern Rot-Grün – über die autofreie Innenstadt, Sie haben jetzt wieder ganz groß verkündet, das sei das Ziel.

(Zuruf Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Seitdem wir als CDU das Thema „Autofreie Innenstadt“ angeschoben haben, seit 2012, ja! Nichts haben Sie hinbekommen, tut mir leid, es ist einfach so!

Dennoch, glaube ich, ist es wichtig, deswegen werden wir diesen Antrag auch unterstützen. Ob es dann mittelfristig sinnvoll ist, ich kenne die Zahlen bei der BREPARK auch, und auch die BREPARK hat gar kein Interesse, diese Technologie weiterzuentwickeln, weil es zusätzliche Gebühren für sie beinhaltet. Ich würde mir auch mehr wünschen, dass dieses – SMS ist es ja im Grunde genommen – SMS-Parken mehr gemacht wird, aber dies jetzt so zu verteufeln, ist nicht der richtige Weg. Sie müssen jetzt auch erst einmal sagen, was Sie dann letztlich mit dieser Innenstadt tun wollen, denn nur das Auto zu verteufeln und das Parken zu verteufeln, das ist, glaube ich, nicht der richtige Weg. Sie müssen jetzt wirklich erklären, wie wir gemeinsam hier eine attraktive, urbane, fröhliche und engagierte Innenstadt entwickeln wollen! Das könnte ein kleiner Schritt dazu sein, deswegen werden wir das unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war gut, dass ich den Redebeitrag von Heiko Strohmann gehört habe. Immerhin werden wir in Bremen die erste Großstadt sein, die bis 2030 autofrei sein wird, und ich glaube, es ist der richtige Zeit-

punkt, zu dem wir das machen, nachdem es tatsächlich auch politische Mehrheiten dafür gibt. Die gab es vielleicht in der letzten Legislaturperiode noch nicht ganz, da haben sich Dinge verändert. Wir wollten immer die autofreie Innenstadt, aber wir erkennen natürlich vollkommen an, dass wir jemanden haben müssen, der mit uns geht. Dass Sie vielleicht 2012 auch einmal ein Papier dazu geschrieben haben, das will ich anerkennen.

Wir reden aber jetzt eigentlich hier über Parkraummanagement. Wenn das wirklich das Einzige ist, was der FDP zum Thema Parkraummanagement einfällt, das nun ein ganz zentrales Thema der Verkehrswende ist, über Handy-Parken zu reden, dann muss ich sagen, das Thema ist ganz, ganz weit verfehlt!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Diese Koalition hat das erkannt. Wenn man in die Koalitionsvereinbarung schaut, wird man feststellen, darin steht sowohl im Teil Inneres als auch im Verkehrsteil sehr viel darüber. Ich freue mich als Verkehrspolitiker sehr, dass das so weit in den Vordergrund gestellt worden ist.

Zur Verkehrswende gehört die Parkraumbewirtschaftung, das hat der Kollege Ralf Schumann völlig richtig gesagt. Natürlich können wir, wenn der CO₂-Verbrauch seit 1990 im Verkehr gleich hoch geblieben ist, nicht einfach so weitermachen und dann noch vielleicht ein bisschen Handy-Parken dabei machen. Wir brauchen eine Umsteuerung, wir brauchen eine Umverteilung, eine Umverteilung auch des Raumes und der Finanzmittel. Wir dürfen nicht glauben, dass wir mit Technik, mit Digitalisierung die Probleme der Automobilität lösen können.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Doch!)

Das können wir nämlich nicht. Sie sagen „doch“, ich sage, das wird so nicht funktionieren, und eigentlich alle Verkehrswissenschaftler, die namhaft sind, Heiko Strohmann, sind mit mir einer Meinung. Wir brauchen weniger Autoanteil, das ist das Entscheidende.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir haben in der Überseestadt einen Autoanteil von 66 Prozent. Wie sollen wir denn so die Verkehrsprobleme lösen können?

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Weil da kein ÖPNV ist! Warum ist da kein ÖPNV? Weil Sie zwölf Jahre nichts gebaut haben!)

Dazu reicht jetzt meine Redezeit nicht aus, um das Thema auch noch zu bearbeiten.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Welche Straßenbahn haben Sie denn gebaut?)

Diese Koalition hat sehr viel dazu in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, was sie sich unter Parkraummanagement wirklich vorstellt, und das sind meiner Ansicht nach die wichtigen Themen. Es geht ganz vorrangig um Umnutzung von Parkflächen. Wir werden nicht mehr die gleiche Anzahl von Parkflächen haben können. Wir stellen auch in der Innenstadt fest, dass es so ist – das weiß Heiko Strohmann auch –, dass die Parkhäuser selbst zu Weihnachten nicht voll sind, sondern wir haben immer noch zu viel Parkfläche. Wir brauchen also ganz eindeutig weniger Parkfläche.

Wir haben uns auch dem Thema Bewirtschaftung gewidmet, 23 Stellen haben wir im Augenblick, um den gesamten Parkraum in Bremen zu überwachen. Wir haben hineingeschrieben, 100 ist die richtige Zahl, und das ist die Sache, mit der man steuern kann, dass man tatsächlich den vorhandenen Raum auch im Sinne von Verkehrssicherheit bewirtschaftet.

Parkraumgebühren anpassen, seit zwölf Jahren haben wir das nicht getan. Das ist etwas, worüber wir als Koalition miteinander reden müssen. Für mich ist aber auch vollkommen klar, dass der öffentliche Raum seinen Preis hat und eben nicht kostenfrei ist. Wir haben gesagt, wir wollen dazu ein Konzept erstellen, es ist, glaube ich, auch wichtig, ein Gesamtkonzept für das Parken jetzt zu erstellen. Da wird es nicht so sein, dass man das Thema Handy-Parken nicht diskutieren wird. Für mich ist das auf jeden Fall bei der Agenda der Verkehrswende und des Parkraummanagements so ungefähr das Letzte auf meiner Liste, aber wir können es gern diskutieren, und wenn es sinnvoll ist, dann können wir es machen. Alle Erfahrungen, die wir bisher damit gemacht haben, zeigen, dass dies nicht so sein wird.

Meine Damen und Herren, wenn man über die Verkehrswende redet und darüber, wie man sie und das Parkraummanagement in Zeiten von Fridays for Future gestaltet, dann bedeutet das nicht, dass man in solchen Debatten als Erstes in dieser neuen Legislaturperiode über Handy-Parken redet. Ich glaube, wir müssen da wirklich über

ganz andere Sachen reden, wir müssen den Autoanteil reduzieren, wir müssen dabei den Umweltverbund stärken. Wir wollen ein besseres Angebot für Rad- und Fußverkehr, dafür wollen wir auch mehr Finanzmittel in die Hand nehmen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Ich werfe Ihnen gar nicht vor, dass Sie einen Antrag stellen. Es ist ja gut, dass Sie einen Antrag stellen, aber der Antrag ist, wenn er sich mit Parkraummanagement beschäftigt, eben ein klitzekleiner Ansatz, mit dem nicht begriffen wurde, wie die Gesamtproblematik ist. Ich hatte ja nach dem ersten FDP-Antrag Hoffnung, dass es jetzt besser wird, dass wir auch näher zusammenrücken, aber dieser Antrag, der sich ja mit Parkraummanagement beschäftigt, zeigt, dass wir immer noch meilenweit voneinander entfernt sind. Da hat es auch im Hinblick auf den Verkehrsentwicklungsplan einen anderen Prozess gegeben, wir haben zwei Jahre lang zusammengesessen und einen ziemlich breiten Konsens über Verkehrspolitik in dieser Stadt erreicht. Ich rufe Sie dazu auf, dass Sie sich in diesen konsensualen Diskurs, den wir verkehrspolitisch in dieser Stadt haben und der die Verkehrswende ernst nimmt, wirklich einbringen und Anträge stellen, die etwas sinnvoller sind als dieser! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Saxe, darüber, zu welchen Themen wir Anträge stellen, entscheiden wir immer noch selbst!

(Beifall FDP – Zurufe Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Schön, dass es überhaupt Anträge gibt, von Ihnen gibt es ja keine!)

Lassen Sie mich bitte ausreden! Wir haben Ihnen auch zugehört, dann können Sie auch zeigen, dass Sie das schaffen.

Uns geht es bei diesem Antrag darum, dass wir für jetzt Lösungen finden, und – das habe ich auch vorhin schon gesagt, das wüssten Sie übrigens auch, Herr Saxe, wenn Sie zugehört hätten! – es geht hier gar nicht um die Diskussion über die autofreie Innenstadt, darüber haben wir auch schon diskutiert, sondern das System soll jetzt ein Problem lösen. Es geht nicht um die Diskussion, was in zehn, 15 oder

20 Jahren ist, es geht um die Frage, wie wir jetzt den Menschen mehr Lebenszeit einräumen und dafür sorgen können, dass die Menschen, die einen Parkplatz suchen, nicht unnötig viel durch die Gegend fahren, und das ist auch eine Frage von Umweltschutz! Also, wenn Sie wirklich etwas tun wollen, dann können Sie damit jetzt anfangen!

Ehrlicherweise, ich weiß, dass Sie das Thema Verkehrswende sehr priorisieren, es ist für Sie sehr wichtig, und ich gehe da auch in Teilen mit, wenn ich mich allerdings in meinem Bekanntenkreis umschaue, dann muss ich sagen, da wird weder jeder mit dem Fahrrad fahren wollen noch fahren können. Deswegen würde ich Sie an der Stelle bitten, so ein bisschen von Ihrer Tunnelsichtweise wegzukommen.

(Beifall FDP)

Die Kollegin von der SPD, die direkt nach mir gesprochen hat, sagte –

(Zuruf SPD: Anja Schiemann heißt sie!)

Frau Schiemann, vielen Dank! –, dass sie gar keinen Bedarf dafür sieht. Ich glaube, es gibt immer wieder Situationen, in denen Menschen der Meinung sind, es gebe keinen Bedarf. Es wurde, glaube ich, auch einmal der Bedarf an Computern auf drei weltweit geschätzt, und das war falsch. Nur weil Sie sich das nicht vorstellen können, heißt es nicht, dass es dafür keine Nachfrage gibt.

Wenn wir uns die Situation in anderen Städten anschauen, wo das seit Jahren und teilweise seit Jahrzehnten vernünftig umgesetzt und genutzt wird: Sie haben das nicht wieder abgeschafft, weil es sich nicht rentiert hat, sondern waren sehr zufrieden mit diesem System und nutzen es weiter, und dass andere Städte dieses System seit über 20 Jahren nutzen, ist ja auch ein Zeichen dafür, dass es scheinbar einen Nutzen gibt, sonst würden sie es nicht mehr tun. Wir können ja auch einmal versuchen, vielleicht von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren.

Ich glaube auch, Sie bringen hier zwei Themen durcheinander, das sagte ich eben schon. Wir reden gerade nicht über die autofreie Innenstadt, sondern über eine Lösung für jetzt, und wir reden auch, selbst wenn die Innenstadt autofrei ist, trotzdem darüber, dass es in den Quartieren und in den Randgebieten weiterhin Autoverkehr geben wird. Es geht im Moment in der Diskussion nicht darum,

die gesamte Stadt Bremen autofrei zu machen, sondern bei Ihrem Thema geht es ja wirklich nur um die Innenstadt. Deswegen glaube ich, wenn wir jetzt einmal versuchen, zu diesem Thema und zu dem Antrag zu reden, dann geht es gerade nicht um die autofreie Innenstadt, sondern um die Frage, wie wir jetzt eine Lösung schaffen können, wie wir jetzt dafür sorgen können, dass die Bürgerinnen und Bürger ein bisschen mehr Lebenszeit bekommen und ein bisschen weniger unnötig auf der Suche nach Parkplätzen mit dem Auto im Kreis fahren, dann ist das jetzt eine Lösung, die wir schnell einführen können.

Noch einmal zu der Kollegin Frau Schiemann: Ich glaube, Sie haben da etwas nicht verstanden. Es geht bei diesem Antrag nicht um neue Parkuhren. – Danke!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt auch eine große Einigkeit in diesem Haus, wir brauchen natürlich insgesamt, wenn wir schon über Apps reden, ein System, das die gesamte Mobilität und die gesamte Mobilitätskette abbildet, weil sich Mobilität vernetzt, weil man von einem Verkehrsträger zum anderen wechselt, das ist doch vollkommen klar, darüber haben wir auch schon geredet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Aus dem Grunde ist es so, eine Gesamtlösung ist natürlich gut, und die BSAG ist auch dabei, so etwas zu entwickeln, und zwar auch kooperativ mit den anderen Verkehrsunternehmen im VDV. Das ist etwas, von dem man sieht, in welche Richtung es gehen wird.

Ich will aber trotzdem etwas zu dem Sinn einer übermäßigen Autonutzung sagen. So ein Auto, wenn wir beim Thema Parken bleiben, steht im Durchschnitt 23 Stunden und 15 Minuten in der Gegend herum, Frau Bergmann, vermutlich auch Ihres.

(Zurufe FDP)

Ich rede über Parkraum, und das gehört sehr wohl mit dazu. Überlassen Sie mir doch bitte, wie ich

meinen Redebeitrag gestalte, und ich überlasse Ihnen das auch so!

(Zuruf Abgeordneter Röwekamp [CDU])

Ich habe doch gar nicht gesagt, dass Sie den Antrag nicht stellen dürfen, Herr Röwekamp! Wo habe ich das denn gesagt? Schauen Sie doch bitte in das Protokoll!

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Nein, wir haben den ja gar nicht gestellt!)

Oder dass Sie ihn unterstützen! Natürlich können Sie Anträge stellen, wie Sie wollen,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Genau, wir haben ja wenigstens welche!)

und wir – das sei uns dann bitte auch erlaubt! – können dazu sagen, was wir dazu sagen wollen.

Das Thema ist in diesem Fall Parkraum. Das heißt, wir haben ein Fahrzeug, das überwiegend, im Durchschnitt etwa 23 Stunden lang, in der Gegend herumsteht, und zwar meistens kostenlos in der Gegend herumsteht. Wenn es dann fährt, sitzt im Durchschnitt ein Mensch darin herum. Das ist keine sehr effektive Art der Nutzung des öffentlichen Raums, andere würden das Platzverschwendung nennen. Wir werden uns diesem Thema in der Koalition widmen müssen, ob wir nämlich diesem Verkehrsmittel, das auch nicht das sauberste ist – da werden wir uns auch einig sein –, diesen Raum und diesen Preis, den es jetzt hat, weiter zugestehen können. Ich glaube, dem Thema werden wir uns widmen müssen, da werden Sie sich hoffentlich an dieser Debatte auch beteiligen. Was ist der gerechte Preis für öffentlichen Raum? Da ist, glaube ich, die kostenlose Nutzung, die wir dabei haben, die falsche.

Also, wir können gern den Weg einer Mobilitäts-App gehen, da haben Sie uns an Ihrer Seite, aber ich glaube, dieses ausgelutschte Thema Handy-Parken sollten wir nicht weiter verfolgen, wir haben es ja in Bremen ausprobiert, und es war kein Erfolg. Lassen Sie uns das mit der Mobilitäts-App zusammen angehen, da gibt es ja offensichtlich eine große Einigkeit!

Wir müssen im Grundsatz weiter über eine Verkehrswende reden und nicht nur über ein Verkehrswendchen. Es muss entscheidend eine Wende passieren und nicht nur so kleine kosmetische Korrekturen, wie es Ihnen vorschwebt. So

werden wir die Fridays for Future niemals befriedigen können, das wollen Sie auch nicht, das weiß ich.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Das ist eine Unterstellung!)

Das ist keine Unterstellung. Ich möchte, dass die Forderungen der zukünftigen Generationen irgendwann auch ansatzweise erfüllt werden und wir tatsächlich eine ernsthafte Verkehrswende machen, denn das, was Sie bisher vorgeschlagen haben: Ich kenne überhaupt keinen Antrag der FDP, der im Sinne einer Verkehrswende nützlich gewesen wäre. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort für eine Kurzintervention der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Saxe, ich bin sehr verwundert, denn auch weniger Autos, auch Wasserstoffautos, auch Elektromobile brauchen Parkraum, und wenn Sie Anwohnerparken, Bewohnerparken und all diese Dinge realisieren, brauchen Sie nicht neue Parkuhren, neue Zettelchen, sondern Sie brauchen moderne Lösungen und müssen da auch diesen Baustein für eine Verkehrswende mit einbeziehen. Wenn Sie das in einer anderen App mit erledigen wollen, können Sie ja gern darüber diskutieren, aber dass wir für das Weniger an Automobilen, das wir vielleicht alle haben wollen, auch Lösungen brauchen, das dürfen Sie nicht leugnen, und das tun Sie in der Art, wie Sie diesen Antrag in eine Ecke stellen, in die er nicht hineingehört. Auch uns Freien Demokraten geht es darum, zukunftsfähige Lösungen zu finden und dabei die Mobilitätsbedarfe der Bevölkerung ernst zu nehmen und nachhaltig zu befriedigen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es jetzt einmal versachlichen.

(Zurufe: Oh!)

Ich glaube, dass die FDP vielleicht mit dem Handy-Parken einen anderen Ansatz verfolgt. Vielleicht ist der Begriff auch in die eine oder andere Richtung interpretationsfähig.

Genauso, wie ich nicht an Ihr Ziel glaube, dass wir eine komplett autofreie Großstadt oder einen Großstadtraum hinbekommen werden, weil die Menschen doch anders reagieren werden, als wir es uns alle wünschen, sind wir uns doch aber alle im Großen und Ganzen einig, dass wir Parkraum oder überhaupt den Raum anders bewirtschaften müssen und eben nicht jeder sagen kann, ich kaufe mir einmal drei Autos und habe das Recht, sie bei mir vor der Tür oder wo auch immer in dieser Stadt abzustellen. Wir haben diese Probleme in der Neustadt, wir haben diese Probleme im Viertel, in Schwachhausen, in Findorff. Diese Probleme müssen wir lösen. Ich glaube, darin sind wir uns auch alle einig. Zumindest haben Sie da die CDU an Ihrer Seite, dass eben die Leute, die sagen, sie möchten so viele Autos haben, das dann auch bezahlen müssen und genauso auch die Leute, die der Meinung sind, sie müssten ihr Auto 23 Stunden oder einmal für zwei Wochen in der Neustadt abstellen, weil sie zu geizig sind, während des Urlaub die Parkgebühr im Parkhaus zu bezahlen beziehungsweise mit dem öffentlichen Nahverkehr oder mit dem Taxi zu fahren.

Nur, um dies zu bewirtschaften, werden wir die Digitalisierung brauchen, anders wird es nicht funktionieren. Deswegen glaube ich, und das sagen wir auch als CDU-Fraktion, dass es gar nicht unvernünftig ist, auf diesem Weg schon einmal anzufangen, genau so etwas zu machen. Ich glaube, das könnte so ein gemeinsamer Weg sein. Da weiß ich nicht, und da gebe ich dem Kollegen Dr. Buhlert in seiner Kurzintervention recht, ob das diese Mobilitäts-App dann leisten kann, denn da müssen wir eine Ebene finden, wie die Leute sich dann im Grunde genommen einloggen, wenn sie im Bewohnerparken zusätzlich parken, es soll ja so geplant sein, dass das bezahlt werden muss. Ich glaube, das werden wir nur mit Parküberwachung und nur mit Parkscheinautomaten nicht hinbekommen, schon aus räumlichen Gründen. Stellen Sie sich einmal vor, wir müssten da jetzt in jeder Straße im Viertel noch eine Parkuhr aufstellen, dafür haben wir den Platz gar nicht! Deswegen, glaube ich, ist der Weg der Digitalisierung der richtige, deswegen werden wir auch diesen Antrag unterstützen und vielleicht gemeinsam so einen Weg gehen, dass wir unser gemeinsames Ziel einer vernünftigen Bewirtschaftung des Parkraums dann eben auch irgendwann einmal erfüllen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz, ich schaue immer auf die Uhr und brauche immer unter zwei Minuten, insofern nerve ich auch niemanden! Ich war ein bisschen mit roten Ohren versehen, als der Kollege von der FDP gesagt hat, dass irgendwie der Antrag nicht richtig gelesen oder verstanden worden ist. Ich habe ihn sofort wieder aufgeschlagen und noch einmal gelesen.

Sie werden es nicht glauben, ein Stück weit Herzenswärme habe ich dann noch für den Antrag empfunden, aber in der Richtung, dass er einen Vorteil hat, und den sollte man sich trotz allem auch wirklich – da bin bei Ralph Saxe – nicht nehmen lassen: Man könnte natürlich mit dieser App viel, viel schöner die Bepreisung der unterschiedlichen Pkws, die in dieser Stadt parken, nach Größenordnungen versehen, und dann hätte man auch gleich ein bisschen mehr Gebühr für die großen und starken Autos. Dafür finde ich diese App vielleicht doch ein Stück weit sinnvoll.

Ansonsten ist natürlich im Großen und Ganzen der Antrag abzulehnen und einmal vernünftig über Konzepte zu reden, die alles beinhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, es war unter zwei Minuten!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Das war sogar nur eine Minute, Herr Abgeordneter!

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren – –. Ich weiß gar nicht, wo man das hier herunterladen kann.

(Heiterkeit)

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Müller, würden Sie einmal eben das Problem lösen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das wäre sehr nett! Die persönliche Assistenz kommt, vielen Dank!

(Heiterkeit)

Vielen Dank an Henrike Müller, die mir geholfen hat!

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr gern, Frau Bürgermeisterin!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte es gern wieder auf eine sachliche Ebene bringen. In der Vorbereitung hätte ich nicht vermutet, dass bei diesem Thema so viele Emotionen aufkommen, aber das macht ja die Debatte dann auch ganz spannend. Durch das sogenannte Handy-Parken wird den Nutzerinnen und Nutzern, also den Bürgerinnen und Bürgern, die Möglichkeit geschaffen, anfallende Parkgebühren alternativ zum Parkscheinautomaten auch bequem per SMS mit dem Handy zu entrichten.

Es ist richtig, es gab einen Modellversuch, und nach dessen Abschluss hat man in Bremen im öffentlichen Straßenraum zurzeit keine Anwendung dafür. Die Möglichkeit besteht seit September 2011 nur noch in den Parkhäusern der BREPARK. Seit der Einführung ist allerdings lediglich eine ganz geringe Nachfrage zu beobachten gewesen. Es gibt nur sehr wenige Nutzer, die das Angebot auch wirklich nutzen, und es ist in den letzten Jahren eben auch stark rückläufig, es ist anders als in den Städten, die Sie genannt haben. Die Mehrkosten für den Service gehen deutlich zulasten des Parkraumanbieters, darauf ist Frau Schiemann auch schon eingegangen.

Vor dem Hintergrund einer angestrebten Optimierung der Parkraumbewirtschaftung wurde vom Hause SKUMS – damals noch SUBVE – im Jahre 2016 ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches unter anderem auch die Potenziale einer flächendeckenden Einführung des Handy-Parkens näher betrachtet hat. Was hat das Gutachten erbracht? Es hat, wie so oft, Vorteile, aber vor allem auch Nachteile aufgezeigt.

Was sind die Vorteile? Natürlich ist es so, wenn man im öffentlichen Raum an dem Automaten steht, dann ist man in der Regel auf Münzen angewiesen. Hat man nicht entsprechende Münzen dabei – oder Sie, Herr Schäck, hatten vorhin gesagt, man geht länger shoppen als vorher geplant, eine Sitzung dauert länger –, dann muss man noch einmal nachwerfen. Das ist natürlich misslich. Ein Handy-Bezahlsystem würde natürlich eine höhere Flexibilität und eine genaue Parkzeitabrechnung mit sich bringen.

Nachteile sind aber, dass es im Moment einen sehr unübersichtlichen Anbietermarkt gibt. Die BREPARK bietet Dienste per Handy über Google Pay und Apple Pay an. Es ist aber auch so, dass es komplexere Kontrollverfahren für die Parkraumüberwachung mit sich bringt, und weil es eben auch teurer ist, ist das sicherlich etwas, warum es nur so eine geringe Akzeptanz dieses Angebots in den Häusern der BREPARK gibt.

Ich stimme mit Ihnen dahingehend überein, dass die digitalen Bezahlmöglichkeiten an sich grundsätzlich die Möglichkeit eröffnen, eine flächendeckende effiziente Parkraumbewirtschaftung in Bremen zu unterstützen. Jetzt ist es so – und darauf sind meine Vorredner etwas emotionaler eingegangen –, in der Koalitionsvereinbarung wird dem Thema Parken und Parkraumbewirtschaftung durchaus eine Schlüsselfunktion zugeschrieben, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Überlegungen zur Umsetzung einer autofreien Bremer Innenstadt. Eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung ist für eine lenkungswirksame und effiziente Nutzung der Parkplätze im öffentlichen Raum sowohl in der Innenstadt als auch in den innenstadtnahen Bereichen unabdingbar. Wir haben in diesem Zusammenhang vereinbart, den Parkraum konsequent zu bewirtschaften.

Herr Saxe und Herr Schumann sind schon darauf eingegangen, dass eine konsequente Parkraumbewirtschaftung natürlich auch dazu dient, eine Lenkungswirkung zu entfalten. Wenn wir eine autofreie Innenstadt wollen und gleichzeitig das Parken – und das ist in Bremen nach wie vor der Fall, wenn man sich das auch noch einmal anschaut! –, auch das Anwohnerparken, im Vergleich zu anderen Städten extrem günstig ist, dann hat man keine Lenkungswirkungen, und es ist ein Ziel, mit der Parkraumbewirtschaftung eben auch Lenkungswirkungen zu erzielen.

Dass Sie keine autofreie Innenstadt wollen, Herr Buhlert von der FDP, ich glaube, das ist inzwischen auch allen bekannt,

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Mit neuen Parkuhren, oder wie?)

aber andere schon, und da freue ich mich über den Beitrag von Herrn Strohmann, der dafür seine Unterstützung eher angesagt hat. Es ist ein Bestandteil für eine autofreie Innenstadt. Wir brauchen aber auch bessere Kontrollen, wir haben mit dem aufgesetzten Parken Probleme in den Stadtteilen, wir wollen das Anwohnerparken ausweiten, wir

wollen etwas gegen wildes Parken machen, wir hatten hier gerade in der letzten Sitzung der Bürgerschaft eine Debatte zum Freimarkt. Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass digitale Technologien nicht als einzelne, isolierte Maßnahmen verstanden werden, sondern als Teil eines ganzheitlichen Systems und eines ganzheitlichen Konzepts. So wird zum Beispiel ein digitales Bezahlssystem erst durch vernetzte Verkehrsmanagementsysteme sowie intelligente Parkplätze und insbesondere auch Parkgaragen vervollständigt.

Ich glaube, wir brauchen verschiedene Maßnahmen, die einfach ineinander greifen und sich zu einem Gesamtkonzept zur elektronischen Parkraumbewirtschaftung im Rahmen einer Smart City Bremen zusammenfügen müssen. Wir haben eine fortschreitende Digitalisierung, das ist zweifelsohne so. Die Verkehrswende und diese fortschreitende Digitalisierung sind zwei große Herausforderungen, gerade wenn wir uns die Mobilität in Großstädten ansehen. Wir werden handeln, die Einführung des Handy-Parkens als isolierte Maßnahme wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht zuletzt auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen hier in Bremen als nicht zielführend angesehen. Wenn, dann sollte es eher ein Baustein in einem Gesamtkonzept für die Smart City Bremen sein. Wir arbeiten an so einem Gesamtkonzept für die Parkraumbewirtschaftung.

Ich bin Heiko Strohmann sehr dankbar, der noch einmal auf die Mobilitäts-App hingewiesen hat. Das ist in der Tat etwas, was es in Berlin gibt, und da kann man dann Informationen eingeben, und zwar in Echtzeit, welche vorhandenen Verkehrsmittel es gibt. Was ist gerade das optimale Verkehrsmittel oder Transportmittel, ist es der Bus, ist es die Bahn, ist es ein Taxi, ist es vielleicht auch ein Fahrzeug vom Carsharinganbieter? Man kann „Dauer“ und „Preis“, aber eben auch „CO₂-Bilanz“ eingeben. Ich glaube, dass die Zukunft der Mobilität und der Digitalisierung im Verkehrsbereich dort liegen wird, und insofern würde ich es sehr unterstützen, jetzt nicht diese einzelne Maßnahme herauszugreifen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort zu einer Kurzintervention der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank noch einmal für Ihren Beitrag, Frau Dr. Schaefer! Mein Eindruck ist,

dass einem die Rede hier gern auch im Mund umgedreht wird. Wir haben keine ideologische Debatte über die Frage angestoßen, ob wir eine autofreie Innenstadt wollen oder nicht, ob die ganze Stadt irgendwann autofrei werden soll oder nicht, sondern wir haben schlichtweg einen Antrag gestellt, bei dem wir davon ausgehen, dass die Bürgerinnen und Bürger über einen mittelfristigen Zeitraum auf ihr Auto nicht werden verzichten können. Auch wenn wir eine autofreie Innenstadt haben, bedeutet das trotzdem, dass die Menschen in den Randgebieten und in den Quartieren parken müssen, und wir möchten ihnen dies etwas erleichtern.

Was mich massiv stört, ist, dass bei allem, was mit dem Thema Auto zu tun hat – und das Auto gehört nach wie vor zur Lebensrealität vieler Menschen und wird dies auch noch lange Zeit tun! –, sofort eine ideologische Debatte losgetreten wird. Ich glaube, das wird dem Thema nicht gerecht. – Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/23 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Einspruch gegen das Ergebnis des Volksentscheids
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 31. Juli 2019
(Drucksache [20/8 S](#))**

Wir verbinden hiermit:

**Einspruch gegen das Ergebnis des Volksentscheids
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
vom 20. September 2019
(Drucksache [20/25 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Einspruch gegen das Ergebnis des Volksentscheids mit der Drucksachen-Nummer [20/25 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Einspruch ab.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Kenntnis.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 1
vom 20. September 2019
(Drucksache [20/26 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich schließe die Sitzung.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich bedanke mich für die intensive Arbeit und freue mich, Sie alle morgen wiedersehen zu können.

(Schluss der Sitzung 17:31 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 24. September 2019

Anfrage 7: Wann wird das Spielschiff am Vegesacker Hafen fertiggestellt?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird das neue Spielschiff, wie von der Sozialbehörde am 11. September 2019 in der Norddeutschen mitgeteilt, Ostern 2020 eröffnet oder wie von Herrn Bürgermeister Dr. Bovenschulte am 13. September 2019 unter „Rathaus Bremen“ auf Facebook veröffentlicht, frühestens im September 2020 oder Frühjahr 2021?

Zweitens: Hat sich Dr. Bovenschulte vertan oder hat er abgesehen, dass die tatsächliche Umsetzung wegen der ab 1. Januar 2020 beginnenden haushaltslosen Zeit tatsächlich erst zur übernächsten Spielsaison eröffnet werden kann?

Drittens: Bis wann wird es eine Entscheidung geben, wann und wie die restlichen 650 Quadratmeter rund um das Spielschiff neu gestaltet werden können?

Frau Ahrens, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Ziel der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist es, die Objektplanung und Aufstellung des Spielschiffs im Vegesacker Hafen zu Beginn der Spielsaison Ostern 2020 abgeschlossen zu haben. Hierzu ist es erforderlich, die Herstellung der Fläche und eine erste Planung für das Spielschiff in 2019 zu beginnen und weitestgehend abzuschließen. Ebenfalls in diesem Jahr ist ein Beteiligungsverfahren mit Kindern und Familien im Hafen durchzuführen, dessen Ergebnisse in die weiteren Planungen eingehen. Aufgrund von Unwägbarkeiten im Planungs- und Bauprozess kann nicht ausgeschlossen werden, dass der tatsächliche Fertigstellungstermin davon abweicht.

Zu Frage zwei: Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte hat sich zur Frage des Umsetzungstermins vorsichtig geäußert.

Zu Frage drei: Der Standort des Spielschiffs umfasst etwa 655 Quadratmeter. Im Bebauungsplan 1 555 wird eine Gesamtfläche von 1 100 Quadratmetern als öffentliche Spielfläche ausgewiesen. Im Kontext des Wohnungsbauprojekts Haven Höft, den zu erwarten Zuzügen und einer Unterversorgung an öffentlichen Spielflächen im Stadtteil wird angestrebt, die Gesamtfläche als öffentliche Spielfläche herzustellen. Der Ersatzneubau des Spielschiffs wird als gesetztes Ausstattungselement in die erforderliche Gesamtplanung einfließen. In ersten Planungsgesprächen wurde deutlich, dass auch Maßnahmen des Hochwasserschutzes und die Rahmenplanungen des Integrierten Entwicklungskonzeptes Grohn, Vegesacker Bahnhof und Umgebung zu berücksichtigen sein werden. Ein Zeitplan für die Gesamtplanung der Spielfläche liegt daher aktuell nicht vor.

Anfrage 8: Oberstufenzuordnung der Oberschule an der Hermannsburg

Wir fragen den Senat:

Erstens: Aus welchen Gründen forciert der Senat in Bezug auf die Oberstufenzuordnung der Oberschule an der Hermannsburg einen Wechsel von der Oberschule am Leibnizplatz hin zum Alexander von Humboldt-Gymnasium?

Zweitens: Welche Rückmeldungen liegen dem Senat bezüglich derartiger Pläne aus dem Stadtteil, etwa vom Beirat, den Schulleitungen oder Elternvertretern vor, und inwieweit sind diese in der Entscheidungsfindung des Senats berücksichtigt worden?

Drittens: Wie bewertet der Senat den Vorschlag, die bestehende Zuordnung der Oberschule an der Hermannsburg zur gymnasialen Oberstufe der Oberschule am Leibnizplatz, auch aufgrund der andauernden Bautätigkeit an der Hermannsburg, zumindest für weitere fünf Jahre bestehen zu lassen?

Frau Averwieser, Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Da die Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus den zugeordneten Oberschulen an die Gymnasiale Oberstufe der Oberschule am

Leibnizplatz in der jüngeren Vergangenheit deutlich angestiegen waren und dadurch die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Rechtsanspruch auf einen Schulplatz die Aufnahmekapazität am Leibnizplatz überschritten hätte, waren die Oberstufenzuordnungen zum Leibnizplatz im Frühjahr 2017 neu geregelt worden. Diese Regelung sah unter anderem vor, dass die Oberschule an der Hermannsburg nicht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, sondern erst zum Schuljahr 2019/2020 nicht mehr der Oberstufe der Oberschule am Leibnizplatz sondern dem Alexander von Humboldt-Gymnasium zugeordnet wird. Damit sollte der Schule vor dem Hintergrund eines Wechsels in der Schulleitung und anstehender größerer Baumaßnahmen mehr Zeit gegeben werden, sich auf die veränderte Zuordnung einzustellen. Da sich die Baumaßnahmen aktuell noch verzögern, wurde die Zuordnung zum Leibnizplatz noch einmal um ein Jahr verlängert.

Zu Frage 2: Die Elternvertretung und die Schulleitung der Oberschule an der Hermannsburg haben den Wunsch geäußert, der Oberstufe am Leibnizplatz dauerhaft, beziehungsweise mindestens bis 2025 zugeordnet zu bleiben. Begründet wird dies mit der langjährigen pädagogischen Zusammenarbeit und der räumlichen und baulichen Situation an der Hermannsburg. Im Grundsatz wird dieser Wunsch vom Beirat unterstützt. Wie in der Antwort auf Frage 1 dargestellt, kann diesem Wunsch, auch in Abwägung der kapazitären Anforderungen zunächst zumindest für ein weiteres Schuljahr entsprochen werden.

Zu Frage 3: Eine Entscheidung über eine über das Schuljahr 2020/2021 hinausgehende Verlängerung der Zuordnung zur Oberstufe am Leibnizplatz ist aufgrund der vorliegenden Prognosezahlen wegen der damit zu erwartenden Kapazitätsprobleme sowie in Ansehung des umfassenden Kompromisses aus 2017 zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Eine längerfristige Anpassung wäre gegebenenfalls im Rahmen einer Neuordnung der stadtbremischen Oberstufenzuordnungen insgesamt vorzunehmen.

Anfrage 9: Für heute leider geschlossen – Öffnungszeiten des Szenetreffs am Hauptbahnhof ausweiten?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gründe gibt es, den Szenetreff in der „Gustav-Deetjen-Allee“ wochentags nur bis 16:00 Uhr und an den Wochenenden gar nicht zu öffnen?

Zweitens: Inwiefern muss der Treffpunkt zwingend durchgängig bei Öffnung sozialpädagogisch betreut werden?

Drittens: Welche monatlichen Kosten entstehen durch die Betreuung des Treffpunktes, und wie würden sich verlängerte Öffnungszeiten finanziell auswirken?

Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Szenetreff in der Gustav-Deetjen-Allee, der vom Verein für Innere Mission betrieben wird, ist in der Regel wochentags in der Zeit von 8:00 bis 16:00 Uhr geöffnet. Eine sozialpädagogische Betreuung findet in der Zeit von 10:00 bis 16:00 Uhr statt, eine Ausweitung der Öffnungszeiten auf 18:00 Uhr wird derzeit geprüft.

Eine Ausweitung der Betreuungszeiten auf spätere Abendstunden und Wochenenden ist mit der derzeitigen personellen Ausstattung nicht möglich.

Zu Frage 2: In den ersten Wochen war der Szenetreff auch an den Abendstunden und den Wochenenden ohne Betreuung geöffnet. Die Erfahrungen zeigten, dass es während dieser Zeiten zu erheblichen Konflikten zwischen Besuchern und mit dem angrenzenden Hotel kam. Auf dem Platz wurde unter anderem mit Drogen gehandelt.

Mit der Begrenzung der Öffnung auf die Betreuungszeiten wurden diese Schwierigkeiten beseitigt. Die zwei Stunden am Morgen, in denen kein sozialpädagogisches Personal vor Ort ist, gestalten sich konfliktfrei.

Zu Frage 3: Derzeit sind für den Szenetreff 1,5 Stellen vorgesehen, wobei eine Stelle aus Projektmitteln von „Aktion Mensch“ und eine halbe Stelle im Rahmen des Programms „Sicherer und Sauberer Bahnhof“ finanziert wird. Für eine Ausweitung der Öffnungszeiten am Wochenende und in die Abendstunden hinein, wären weitere 1,5 Stellen erforderlich. Damit könnten auch die Betreuungszeiten während Urlaub und

Krankheit sichergestellt werden. Dadurch würden zusätzliche Kosten in Höhe von circa 85 000 Euro entstehen.

Anfrage 10: Außenwerbung im Viertel

Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist die vor einigen Monaten am Gebäude im Ostertorsteinweg 3 aufgemalte Außenwerbung einer Hamburger Brausefirma von der Bauaufsichtsbehörde genehmigt worden, obwohl sie offensichtlich den in der Landesbauordnung vorgeschriebenen Mindestabstand von einem Meter von der Gebäudekante nicht einhält?

Zweitens: Falls keine Genehmigung erteilt wurde, hat die Bauaufsichtsbehörde die Entfernung der Außenwerbung angeordnet und gegebenenfalls nach Nichtbeachtung der Anordnung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, mindestens für bestimmte Bereiche der Stadt ein weitgehendes Verbot von Außenwerbung zu erlassen, weil diese Form der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums dessen soziale und ästhetische Funktion als Ort gesellschaftlichen Lebens beeinträchtigt?

Frau Wargalla, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und 2: Für die aufgemalte Wandgestaltung ist baurechtlich kein Antrag gestellt und daher auch keine Genehmigung erteilt worden. Richtig ist, dass Werbeanlagen gemäß Paragraph 10 der Bremischen Landesbauordnung von den Gebäudekanten mindestens einen Meter entfernt sein müssen. Die Anlage enthält an drei Stellen Schriftzüge der dort genannten Brausefirma. Diese machen aber nur einen sehr geringen Anteil der Gesamtfläche aus, sind eher subtil in die Wandgestaltung integriert und treten nicht besonders hervor. Der größte Teil ist mit einer Interpretation der Bremer Stadtmusikanten bemalt. Für eine Wandmalerei ohne Werbung würden die genannten Abstandsvorschriften zu den Gebäudekanten nicht gelten, sie dürfte nur nicht zu einer Verunstaltung des Gebäudes führen. Daher prüft die Bauordnungsbehörde, ob die Anordnung der Entfernung notwendig ist.

Zu Frage 3: Außenwerbung darf nicht beliebig eingeschränkt werden, sondern als gewerbliche Nutzung nur insoweit, als sich dies mit höherrangigen rechtlich geschützten Interessen rechtfertigen lässt. Das ist teilweise für bestimmte Baugebietstypen in Paragraph 10 der Bremischen Landesbauordnung geschehen und darüber hinaus in speziellen Ortsgesetzen wie für die Wallanlagen einschließlich ihrer Umgebung, für das Schnoorviertel sowie die Obernstraße. Im Bereich dieser Ortsgesetze besteht bereits eine weitreichende Steuerung hinsichtlich Werbeanlagen und sonstiger Gestaltungsregeln, also in den Altstadtbereichen mit besonderem Schutzbedürfnis. Eine durch Werbeanlagen verursachte Beeinträchtigung des durch heterogene Bebauung mit Einzelhandels-, Gastronomie- und Kulturangeboten geprägten Viertels wird aktuell nicht gesehen.

Anfrage 11: Verweigert das Bürgeramt Auskunftssperren zum Schutz vor rechtsextremer Gewalt?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwieweit trifft es zu, dass die Meldebehörde beim Bürgeramt im Jahr 2019 mehrere Anträge auf Eintragung oder Verlängerung einer Auskunftssperre im Melderegister für Personen abgelehnt hat, die für öffentlich geförderte Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit tätig sind?

Zweitens: Wie stellt der Senat sicher, dass das Bürgeramt die rechtlichen Spielräume für Auskunftssperren zum Schutz vor rechtsextremer Gewalt voll ausreizt?

Drittens: Wird sich der Senat für eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einsetzen, um Menschen, die mit Hass, Hetze und Bedrohung konfrontiert sind, besser zu schützen?

Frau Wargalla, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats :

Zu Frage 1: Es wurden im Jahr 2019 im Einzelfall Anträge mangels Darlegung einer individuellen Gefährdungslage abgelehnt. Bezüglich der Anforderungen an eine konkrete Gefahrenlage gilt grundsätzlich, dass das Vorliegen einer Gefahr

im Sinne des Bundesmeldegesetzes für eine Person von deren individuellen Verhältnissen abhängt und die Überschreitung der maßgeblichen Gefahrenschwelle sich nur in Bezug auf eine konkrete Person durch Darlegung ihrer Verhältnisse belegen lässt. Diese Anforderungen sind regelmäßig erfüllt, wenn eine Darlegung der die Gefährdung begründenden individuellen Umstände erfolgt, wie zum Beispiel Drohungen oder gewaltsame Übergriffe durch Angehörige oder Dritte.

Zu Frage 2: Die Vorgaben zur Erteilung von Auskunftssperren für besonders gefährdeten Berufsgruppen werden zurzeit überabreitet. Dies betrifft zum Beispiel im Bereich Extremismus tätige Journalistinnen und Journalisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Beratungsstellen, bei denen eine abstrakte Gefahr angenommen werden kann. Der Senator für Inneres beabsichtigt vor dem Hintergrund, dass sich die allgemeine Gefahrenlage für diese Personengruppe in der letzten Zeit deutlich verschärft hat, diesen Personenkreis künftig noch besser zu schützen.

Zu Frage 3: Der Senat unterstützt derzeitige Überlegungen des Bundesinnenministeriums, konkretere Regelungen zur Ausweitung des Schutzes im Hinblick auf entsprechende Berufs- und Personengruppen durch die Erteilung von Auskunftssperren zu schaffen. Die dargestellte Problematik wurde vom Senator für Inneres bereits an das Bundesinnenministerium herangetragen. Der Senator für Inneres befürwortet gesetzliche Änderungen, etwa durch das Einfügen von Regelbeispielen, bei denen eine Gefährdungslage anzunehmen ist.

Anfrage 12: Welche Einsparungen beim Energiehaushalt konnte Bremen durch Energiecontracting erzielen?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Verträge im Bereich Energiecontracting, Versorgung einer Liegenschaft mit der benötigten Energie, sind seit 2015 abgeschlossen worden?

Zweitens: Welche Kosten und welche Einsparungen sind dabei für die Stadtgemeinde entstanden?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Erfahrungen und Ergebnisse mit Maßnahmen des Energiecontractings?

Gottschalk, Güngör und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Seit 2015 wurden in der bremischen Kernverwaltung keine neuen Verträge im Bereich Energiecontracting abgeschlossen. Neu begonnen wurden Projekte im Theater Bremen und der Universität Bremen im Energieeinsparcontracting. Hierbei verbleibt die Energieversorgung in der Verantwortung des Gebäudeeigentümers beziehungsweise -betreibers; der Contractor übernimmt selbst gewählte Investitionen und Dienstleistungen in der Liegenschaft zur Energieeinsparung und wird abhängig vom Einsparerfolg bezahlt.

Zu unterscheiden ist dies vom Energieliefercontracting, bei dem der Contractor die Energieversorgungseinrichtungen, zum Beispiel Wärmeerzeugung, errichtet und betreibt, das heißt, Gebäude mit Heizwärme versorgt. Solche Verträge wurden auch von Eigenbetrieben oder Beteiligungsgesellschaften, die ihre Immobilien eigenständig bewirtschaften, nach unserer Kenntnis in den letzten Jahren nicht abgeschlossen; dies konnte in der Kürze der Zeit aber nicht abschließend geklärt werden.

Zu Frage 2: Entsprechend der Antwort zu Frage 1 können für die Kernverwaltung keine Einsparungen aus neuen Verträgen seit 2015 benannt werden. Kosten und Einsparungen der Projekte des Theaters GmbH und der Universität, eigenes Sondervermögen, beeinflussen deren Betriebsergebnis, jedoch nicht direkt den Bremischen Haushalt.

Bremen hat in den Vorjahren mehrere Projekte im Energieeinsparcontracting gestartet. Hierbei wurden Energiekosteneinsparungen von 20 bis 25 Prozent erzielt. Diese Einsparungen werden zu 90 bis 100 Prozent an die Contractoren zur Refinanzierung ihrer Investitionen und Dienstleistungen ausgezahlt. Nähere Informationen enthält der jährliche Energiebericht für die öffentlichen Gebäude. Dieser wurde der Bürgerschaft zuletzt Anfang 2019 zur Kenntnis gegeben. Energieliefercontracting wurde in der Kernverwaltung nur für die Wärmeversorgung mehrerer Schulen in den Jahren 2000 und 2001 vereinbart.

Zu Frage 3: Die Erfahrungen und Ergebnisse mit den früher durchgeführten Maßnahmen des Energiecontractings sind ambivalent. Das Energiecontracting ist nicht grundsätzlich kostensparender oder teurer als die eigene Errichtung und Betrieb von Energieversorgungsanlagen beziehungsweise Durchführung von Energiesparmaßnahmen. Die Entscheidung für Energieliefercontracting war abhängig von verfügbaren Investitionsmitteln, im Contracting erfolgt die Refinanzierung verteilt über die Vertragslaufzeit und Personalkapazitäten. Unter Umständen können über Contracting -Maßnahmen schnell-

er durchgeführt werden. Der Zustand der Anlagen bei Übernahme nach Ablauf der Vertragslaufzeit war unterschiedlich. Es hat sich gezeigt, dass die Freie Hansestadt Bremen (FHB) durch die gebündelten Energieausschreibungen in den letzten Jahren günstigere Erdgas-Einkaufspreise erzielt hat als mancher Contracting-Dienstleister, sodass diese kaum wirtschaftlichere Angebote im Energieliefercontracting anbieten können.

In den nächsten Jahren soll die ganzheitliche energetische Gebäudesanierung stärker vorangetrieben werden.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 4. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

9.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 20/27 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
10.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses (Drucksache 20/28 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
11.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Controllingausschusses (Drucksache 20/29 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
12.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Petitionsausschusses (Drucksache 20/30 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
13.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des städtischen Hafenausschusses (Drucksache 20/31 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
14.	Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte (Drucksache 20/32 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
15.	Mitglieder der städtischen Deputation für Kinder und Bildung (Drucksache 20/33 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
16..	Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz (Drucksache 20/34 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
17.	Mitglieder der städtischen Deputation für Inneres (Drucksache 20/35 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
18.	Mitglieder der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz (Drucksache 20/36 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
19.	Mitglieder der städtischen Deputation für Kultur (Drucksache 20/37 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
20.	Mitglieder der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung (Drucksache 20/38 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
21.	Mitglieder der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration (Drucksache 20/39 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
22.	Mitglieder der städtischen Deputation für Sport (Drucksache 20/40 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis

23.	Mitglieder der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit (Drucksache 20/41 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis
-----	---	--

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft